

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.

Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 11. November 1899.

Inserate die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 J

Redaktion und Expedition:

Nürnberg, Luitpoldstraße Nr. 9.

Inhalt: Die Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung. — Ein Sozialdemokrat als Minister. — Die Fahrradindustrie. — Mitteilungen aus der Metallindustrie. — Das Buchhausgesetz vor dem bayerischen Landtage. — Bericht über meine Agitationstour in Schleswig-Holstein. — Nordbayerische Metallarbeiterkonferenz. — Deutscher Metallarbeiterverband: Bekanntmachung des Vorstandes. — Korrespondenzen. — Polenik. — Abrechnung über den Unterstützungs- und Agitationsfond der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter. — Rundschau. — Litterarisches.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Elektromonteuern nach Bremen (Buschmeyer);
- von Feilenbauern nach Braunschweig, nach Chemnitz nach Furthof (Niederösterreich) Str.;
- von Flaschenern (Klempnern) nach Köln a. Rh., nach Hamburg, nach Nürnberg (Verrein. Pinsel-fabriken, Betrieb II);
- von Formern und Siebereiarbeitern nach Bremerhaven (Seebeck) Str., nach Cannstatt (Grupp) Str., nach Cöth bei Coswig (Schümann), nach Frankenberg i. Sachl., nach Frankenthal (F. Guttmann) Mi., nach Gera Str., nach Gassen (H. Pypkov) Str., nach Halle-Büschdorf (N. Jakob. Delitzscherstr.), nach Landshammer, Prösen-Grödtz, Burghammer und Pieska W., nach Leipzig und sämtl. Vororten Str., nach Luda H., nach Markranstädt, nach Mittweida, nach Pegnitz (Wagnishütte) D., nach Penig, nach Radebeul, nach Verdau i. S. (Gebr. Paul) D., nach Wurzen (Jarling) Str., nach Zeitz;
- von Goldschlängern nach München (Simmerlein) Str.;
- von Str. Instrumentenmachern nach Tuttlingen D.;
- von Kesselschmieden nach Sarren;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Berlin, Str., nach Elberfeld (Fr. Käseberg), nach Flensburg (Sanen & Goss), nach Iserlohn (insbesondere von Gießern, Schleifern und Drehern) (Schäfermaier & Jenz), N., nach Leipzig (Wachhaus & Vangensiepen) Str., nach Leipzig-Gohlis (Wachmann'sche Musikwerke), nach Wien (B. & E. Kösting);
- von Reizzeugmachern nach Nürnberg Str.
- von Schleifern nach Zittau Phänomenfahrradwerke;
- von Schlossern nach Gildburghausen (S. Gassenheimer (Str.));
- von Schlossfabrikarbeitern nach Dresden Str.;
- von Schlossern und Maschinenbauern nach Grimmitzau (Kirmse) Str., nach Gera, N. J. U. (Geraer Maschinenbau-L. G. vorm. Alfred Kühn), nach Greiz, nach Schmölln i. S. N. M.
- von Schmieden nach Eslingen (Die) Str.;

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; N.: Auslieferung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; N.: Lohn- oder Afford-Reduktion.)

Die Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung.

Die „Eisen-Ztg.“ hat in ihrer Nr. 42 einen offenbar auf's Gruseln berechneten Artikel des „Reichsanzeiger“ erwähnt, wonach die gewerblichen Berufsgenossenschaften bis zum Jahre 1945, also in 46 Jahren, eine Steigerung ihrer Jahresausgaben auf 111 Millionen Mark erfahren werden, während sie 1894 nur 31 Millionen betragen. Zu nicht geringer Ueberraschung tritt die „Eisen-Ztg.“ selbst diesen offenbaren Uebertreibungen entgegen, die aber doch die Frage nahelegen: welche Zwecke der amtliche „Reichsanzeiger“ mit solchen romanhaften Zukunftsbildungen verfolgt? Gehört vielleicht auch diese Thätigkeit mit zur indirekten Scharfmacherei?

Wie es mit der Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung und durch die Arbeiterschutzgesetzgebung in Wirklichkeit steht, ist unlängst von ebenso sachverständiger wie unverdächtigter Seite in eingehender Weise dargelegt worden. Der Münchener Fabrikdirektor Greißl hat in Schmoller's Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft eine bezügliche Arbeit veröffentlicht, die in der Tagespresse eingehende Besprechung und alle Anerkennung fand.

Einleitend weist Direktor Greißl darauf hin, daß die Arbeiterschutzgesetzgebung in's Stocken gerathen sei und zwar zum wesentlichen Theil in Folge des Widerstandes der Industriellen und er legt dann dar, wie verhängnißvoll dieses Zuwarten gerade in der jetzigen Zeit der günstigen Entwicklung der Industrie ist, da eine Ausdehnung des Arbeiterschutzes überhaupt nur in solchen Zeiten mit Erfolg durchzuführen ist, in denen ein allgemeiner Aufschwung der Industrie stattfindet. Die Abneigung gegen einen erweiterten Arbeiterschutz beruhe auf einer befangenen einseitigen Anschauung und Auffassung der Verhältnisse. Der industrielle Unternehmer selbst habe das größte Interesse an einem gesunden, tüchtigen und konsumfähigen Arbeiterstand, noch mehr aber die Gesamtheit der Nation und daher habe auch diese die Frage des Arbeiterschutzes zu entscheiden.

Direktor Greißl sucht zur Ermittlung der gegenwärtigen Belastung der deutschen Industrie durch die Arbeiterversicherung zunächst die finanziellen Wirkungen derselben und sodann diejenigen der gesetzlichen Sonntagsruhe in Prozenten des Arbeitslohnes zu ermitteln. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die aus der Unfallversicherung hervorgegangene höchste Belastung der Industrie 3 Prozent des Arbeitslohnes, die der Krankenversicherung 1 1/2 Prozent, der Invaliditäts- und Altersversicherung 1 Prozent und der Sonntagsruhe 3 Prozent beträgt, so daß sich eine Gesamtbelastungsziffer aus der Arbeiterschutzgesetzgebung von 8 1/2 Prozent des Arbeitslohnes ergibt.

Beachtenswerth ist, wie der Verfasser zu diesen Ergebnissen gelangte. Er beginnt mit der Unfallversicherung, weil sie am meisten Unterlagen für sichere Berechnungen bietet durch die Angaben über die Höhe der anrechnungspflichtigen Löhne. Hierbei stellt Greißl fest, daß die Summe der wirklich gezahlten Geldlöhne höher ist, als die Summe der in Anrechnung gebrachten Löhne, weil die den Betrag von 4 M. übersteigenden Verdienste nur zu einem Drittel in Anrechnung gebracht werden. Nach den amtlichen Nachweisungen des Reichsversicherungsamtes betrug 1896 bei einem Stande von 5,734,680 versicherten Personen die Summe der anrechenbaren Löhne der 64 gewerblichen Berufsgenossenschaften 3922,99 Millionen Mark, also nahezu 4 Milliarden Mark. Die Ausgaben der 64 Berufsgenossenschaften für die Unfallversicherung betrugen 51 Millionen, welche 1,3 Prozent der anrechenbaren Lohnsumme ausmachen.

Die Höhe der Ausgaben ist bei den einzelnen Berufsgenossenschaften sehr verschieden. So beträgt sie z. B. bei der Tabakberufsgenossenschaft 0,13 Prozent, bei der Fuhrwerkberufsgenossenschaft dagegen 2,88 Prozent; die Höhe der Ausgaben schwankt also bei den 64 Berufsgenossenschaften zwischen 0,13 und 2,88 Prozent. Da der sogenannte Beharrungszustand noch nicht erreicht ist, so werden die Ausgaben für die Unfallversicherung in den nächsten Jahren noch um eine Kleinigkeit steigen. Unter Berücksichtigung dieser noch zu erwartenden Steigerung rundet Greißl den höchsten Prozentfuß von 2,88 nach oben auf 3 Prozent ab, während der weitaus größte Theil aller Berufsgenossenschaften einen um mehr als die Hälfte geringeren Prozentfuß aufweist. Man muß also Greißl unbedingt beipflichten, wenn er die aus der Unfallversicherung hervorgegangene höchste Belastung der Industrie mit 3 Prozent des Arbeitslohnes eher zu hoch als zu niedrig gegriffen annimmt.

Weniger exakt läßt sich die Belastung der Unternehmer durch die Krankenversicherung berechnen. Nach dem Krankenversicherungsgesetz tragen die Arbeiter zwei Drittel und die Unternehmer ein Drittel der Beiträge; der durchschnittliche Tagelohn darf nicht höher als mit 4 M. festgesetzt werden, der Beitrag darf höchstens 3 Prozent des Lohnes betragen. Greißl nimmt nun

den höchsten Lohn von 4 M. und die höchste Beitragsleistung von 3 Prozent als Grundlage der Berechnung an. Der Krankenkassenbeitrag beträgt dann 4 1/2 Prozent des Arbeitslohnes, also bei einem Lohn von 4 M. pro Tag 18 J oder 4 1/2 J von 1 M. Lohn. Von diesen 4 1/2 J sind 1 1/2 J oder 1 1/2 Prozent vom Arbeitgeber zu tragen, welche Ziffer aber die höchste Belastung ausdrückt, von der Greißl selbst sagt, daß sie in Wirklichkeit etwas niedriger ist. In der That dürfte diese Berechnung der Belastung des Unternehmers um mindestens die Hälfte zu hoch sein. Ähnliche Betrachtungen über Anwendung der maximalen Sätze stellte Greißl schon bezüglich der Unfallversicherung an.

Auch bei der Berechnung der Ausgaben der Unternehmer für die Altersversicherung nimmt Greißl wieder die höchsten Beiträge als Maßstab für seine Berechnung an. In der vierten Lohnklasse, die die Einkommen von 850 M. und mehr in sich schließt, beträgt der Beitrag, der höchste überhaupt, 30 J, wovon die Unternehmer die Hälfte, also 15 J zahlen, oder M. 7,80 pro Jahr. Greißl nimmt an, daß die überwiegende Anzahl aller industriellen Arbeiter dieser Lohnklasse angehört. Unter dieser Voraussetzung bezahlt der Unternehmer hier 0,86 Prozent des Lohnes oder nach oben abgerundet rund 1 Prozent.

Nach den Berechnungen Greißl's beträgt die höchste Belastungsziffer bei allen drei Versicherungen 5 1/2 Prozent des Lohnes oder 5 1/2 J pro Mark Arbeitslohn, wovon auf die Unfallversicherung 5 1/2 Prozent und auf die beiden anderen Versicherungen 45 1/2 Prozent entfallen. Greißl nimmt hierzu noch die Belastung der Industrie durch die Sonntagsruhe mit der höchsten Ziffer von 3 Prozent des Arbeitslohnes, doch halten wir diese Annahme für völlig verfehlt, da es sich hier nicht wie bei den Versicherungen um ein einfaches Rechenexempel handelt. Wir möchten zum Beweise hierfür auf die von dem berühmten englischen Geschichtsschreiber Macaulay am 22. Mai 1846 im Unterhause gehaltene Rede über den gesetzlichen Feiertag hinweisen, in der auch in eingehender Weise die wirtschaftliche Bedeutung der Sonntagsarbeit resp. der Sonntagsruhe erörtert wird. Macaulay sagt da u. A.: „Die Sonntage von 300 Jahren betragen 50 Jahre unserer Arbeitstage. Wir wissen, was der Fleiß von 50 Jahren verrichten kann. Wir wissen, welche Wunder der Fleiß der letzten 50 Jahre bewirkt hat. Die Gründe meines ehrenwerthen Freundes führen uns unwiderstehlich zu dem Schlusse, daß, wenn während der letzten drei Jahrhunderte der Sonntag nicht als Ruhetag behandelt worden wäre, wir ein weit reicheres, ein weit höher zivilisiertes Volk sein würden, als wir jetzt sind und daß insbesondere die arbeitende Klasse weit besser daran gewesen sein würde, als gegenwärtig. Aber glaubt er, glaubt irgend ein Mitglied des Hauses im Ernste, daß dies der Fall gewesen sein würde? Ich für meinen Theil habe nicht den geringsten Zweifel, daß, wenn wir und unsere Vorfahren während der letzten drei Jahrhunderte an den Sonntagen gerade ebenso stark gearbeitet hätten, wie an den Wochentagen, wir in diesem Augenblick ein ärmeres Volk und ein weniger zivilisiertes Volk sein würden, als wir sind, daß weniger Produktion stattgefunden haben würde, als stattgefunden hat, daß die Löhne der Arbeiter niedriger gewesen sein würden, als sie sind, daß irgend eine andere Nation jetzt Baumwollstoffe und Schafwollstoffe und Messerschmiedwerk für die ganze Welt machen würde.“ So ist es. Gegenüber dem Direktor Greißl darf man fragen: woher haben die Unternehmer ein Recht auf den Sonntag der Arbeiter? Und ist es als Leiter einer Fabrik nicht selbst der Ueberzeugung, daß der Arbeiter bei 6 Arbeitstagen in der Woche leistungsfähiger ist als bei 7 und daß bei dieser geringeren Zahl jährlicher Arbeitstage das Jahrespro-

bunt größer ist, als es bei 365 jährlicher Arbeitstage wäre?

Es ist daher ein ganz und gar unberechtigtes Verfahren von Direktor Greißl, aus der Sonntagsruhe eine Belastung der Industrie herzuleiten und diese Belastung auf 3 Proz. des Lohnes zu berechnen, wodurch die Gesamtbelastung der Industrie mit 8 1/2 Prozent erscheint. Greißl kommt aber selbst dann zu dem Schlusse, daß diese Gesamtbelastung eine viel zu geringe war, um auf den Entwicklungsgang der belasteten Gewerbe und Industrien irgendwie hemmend oder schädigend einzutreten. War es doch möglich, überall die Löhne zu steigern und zwar um das Doppelte und Dreifache dieser Belastung und hat doch während dieser Zeit eine großartige Ausdehnung des Industrialismus stattgefunden.

Die gefundene Belastung würde auch in Zeiten eines wirtschaftlichen Niederganges keinen Hemmschub der Industrie bilden, da für deren Gedeihen eine Reihe anderer mächtiger Faktoren von Einfluß und ausschlaggebender Bedeutung sind, die Faktoren, welche die Preisbildung und die Gewinnbildung bestimmen und denen gegenüber jene Belastung unerheblich ist.

Direktor Greißl untersucht sodann noch den Einfluß der sozialen Belastung auf den Unternehmergewinn an Hand mehrerer Aktiengesellschaften und kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die gegenwärtige Belastung von der deutschen Industrie wohl ertragen werden kann, ja daß selbst eine mäßige Erhöhung dieser Belastung Angehörigen der ermittelten Erträge noch ertragen werden kann und Unternehmungen, die in Folge außergewöhnlich ungünstiger Verhältnisse einen sehr geringen Unternehmergewinn erzielen, können in dieser Frage nicht entscheidend sein. Es ist im Interesse des Gesamtwohls nützlich, wenn der Unternehmergewinn durch die Arbeiterversicherungs- und Schutzgesetzgebung eine kleine Schwächung erleidet, auf einzelne verfehlte Unternehmungen kann hierbei nicht Rücksicht genommen werden, so wenig wie auf die über durchschnittlich ertragreichen.

Auch die Frage wird noch erörtert, ob die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie dem Auslande gegenüber durch die Lasten des Arbeiterschutzes beeinträchtigt wird. Die Antwort lautet verneinend. Die wesentlichen Faktoren für den Export liegen auf anderen Gebieten, so namentlich auf demjenigen der Zollpolitik. Außerdem arbeiteten, wie Greißl berechnet, höchstens 15 Proz. der den gewerblichen Berufsgewerkschaften angehörigen Arbeiter für den Export, also 85 Proz. für den Inlandsmarkt.

Diese Resultate und Betrachtungen sind sehr interessant und beachtenswert und zwar in um so höherem Maße, als sie nicht von irgend einem Kathedersozialisten oder von einem verhassten rothen Sozialdemokraten, überhaupt von keinem „grauen Theoretiker“ festgeschrieben und gemacht wurden, die von dem Kapital nur dann geschätzt werden, wenn sie die Interessen des Geldjacks verfechten, sondern von einem Praktiker, von einem Fabrikdirektor. Es ist einer der Thünen, der den deutschen Industriellen sagt, daß die bisherige Sozialpolitik ihnen nicht geschadet hat und daß sie ruhig und unbedenklich weiter geführt werden kann. Damit ist auch der romanhafte Zukunftsblick des „Reichsanzeiger“ im Jahr 1945 auf seinen wahren Wert zurückgeführt.

Ein Sozialdemokrat als Minister.

Kurz vor Beendigung des Dreyfus-Prozesses wurde in dem neugebildeten Ministerium Waldeck-Roussseau, der bekannte französische Sozialist Millerand zum Handelsminister ernannt. Diese Ernennung rief nicht nur unter den „Gutgeimten“ des Bürgerthums Erstaunen und Bewunderung hervor, auch unter den Parteigenossen Millerands, sowohl in Frankreich wie im Ausland gab es Skeptiker, die von dieser Ernennung ihres Parteigenossen und seinem Wirken in dem Ministerium einer kapitalistisch regierten Republik nicht viel erwarteten und hofften; mindestens war man der Ansicht, daß die „Herrlichkeit“ nicht lange dauern würde. Die „Gutgeimten“ aber erwarteten eine Manöver Millerands, hatte man doch schon so manchen radikalen Ministerjüngling nach Erreichung seines Zieles sich bessern sehen, d. h. er lernte so zu regieren, wie es die Kapitalisten gern sehen. Sie haben sich gründlich getäuscht. Millerand ist geblieben was er vor seiner Ernennung zum Minister war — Sozialist. So weit er im Rahmen seiner erlaubten Ministerbefugnisse zu Gunsten des Proletariats wirken konnte, hat er es getan.

Wir haben in einer unserer letzten Nummern unter anderem darauf hingewiesen, wie es Millerand gelang den in Greuzot angebrochenen Streik, an dem 10,000 Metallarbeiter theilhaftig waren, durch sein

Eingreifen gütlich beizulegen. Heute wollen wir an der Hand einer dem „Vorwärts“ zugegangenen Zuschrift kurz darlegen, was Millerand sonst noch für das französische Proletariat gethan. Es handelt sich selbstverständlich nur um Maßnahmen, die in der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung ohne jede Gefahr für diese längst durchgeführt sein könnten, hätten frühere radikale Ministerien gehalten was sie versprochen. So blieb es Millerand überlassen.

Vier Monate ist Millerand Minister und was er während dieser Zeit in sozialpolitischer Hinsicht gethan, ist zur Hebung der Klassenlage des Proletariats nur geeignet. Es fällt dies um so mehr ins Gewicht, als ja heute auch die geringste von der Arbeiterschaft verlangte Sozialreform als sozialdemokratische Umsturzbestrebungen verächtlich werden, selbst wenn die Forderungen im Grunde nicht das Geringste mit dem Programm der Sozialdemokratie gemein haben. Thut nichts, was eine Besserung der Lage der arbeitenden Klasse bedeutet, ist eine der Sozialdemokratie gemachte Konzeption; so behaupten wenigstens die deutschen Zuchthäuser — pardon, Zuchthausvorlageschwärmer.

Die Regelung der Arbeitsbedingungen der öffentlichen Arbeiten auf dem Wege von Dekreten ließ Millerand sich in erster Reihe angelegen sein. Jahrelang war diese Reform vom Senat verschleppt worden und es hätte gewiß noch manches Jahr gedauert ehe sie ihre Erledigung gefunden. Indes hat Millerand herausgefunden, daß der Gegenstand, unbeschadet der späteren parlamentarischen Behandlung, gesetzlich durchaus in die Kompetenz der Ministerialdekrete gehört. Am 10. August wurde nun die Reform dekretiert, die im wesentlichen den auch von der sozialistischen Kammerfraktion befürworteten Gesetzentwurf reproduziert bzw. die Forderungen der Gewerkschaften und der sozialistischen Gemeinderäthe erfüllt. Die Bestimmungen der Reform sind für die staatlichen Arbeiten obligatorisch, für die — der Ministerialgewalt nicht unterstehenden — Departemental- und Kommunalarbeiten fakultativ. Die Dekrete sichern den Arbeitern und Angestellten einen Ruhetag in der Woche, einen „normalen“ oris- und berufszubehörenden Lohn und eine ebensolche Arbeitszeit und beschränken die Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeiter in einem Verhältnis, das „von der Administration je nach der Art der Arbeiten und den lokalen Bedingungen zu bestimmen ist“. Ferner wird das Zwischen-Unternehmertum verboten auf Grund des — bis dahin durchweg mißachteten — Dekrets der provisorischen Regierung von 1848. Bei der Bestimmung des normalen Lohnes und der normalen Arbeitszeit hat die Administration so weit als möglich die bezüglichen Abkommen zwischen den Unternehmerorganisationen und den Gewerkschaften zu berücksichtigen. Wo es an solchen fehlt, hat sie das Gutachten von gemischten Ausschüssen einzuholen, die zu gleichen Theilen aus Arbeitern und Unternehmern zusammenzusetzen sind, und außerdem sich bei den Gewerkschaften, Gewerbegerichten, departementalen und kommunalen Ingenieuren und Architekten informiren. Die Durchführung der Lohnbedingungen wird sehr wirksam garantiert durch die im Pfllichtheit der Unternehmer einzutragende Bestimmung, wonach die Administration die Differenz zwischen dem vorgezeichneten und dem gezahlten Lohn von sich aus an die Arbeiter auszahlt, und zwar vermittelst von Abzügen, die an der Kaution des Unternehmers und an dem ihm schuldigen Betrag zu machen sind. Im Falle von wiederholten Verletzungen der Arbeitsbedingungen ist der Minister berechtigt, den Unternehmer, unbeschadet der Anwendung der im Pfllichtheit vorgezeichneten Andungen, für eine bestimmte Zeit oder für immer von der Theilnahme an den Submissionen seines Ressorts auszuschließen.

Was die Departemente und die Gemeinden betrifft, so ist für sie die Anwendung der Dekrete, wie gesagt, fakultativ, weil das Obligatorium nur vom Parlament beschlossen werden kann. Indes werden insbesondere die sozialistischen Gemeinderäthe, darunter die von Sozialisten und Linksradikalen verwaltete Stadt Paris, die lang ersehnte Reform mit Freuden durchführen. Millerand hat ihnen ein für die Arbeiterschaft überaus wichtiges Gebiet der Kommunalbetheiligung eröffnet. Uebrigens haben bereits auch einige Departementsräthe mit bürgerlichen Mehrheiten auf den Antrag von Sozialisten die Durchführung der Millerand'schen Dekrete beschlossen.

Die sonstige Thätigkeit des sozialistischen Handelsministers geht der Schaffung bzw. Verbesserung der sozialpolitischen Organe seines Ministeriums und der wachsamem Durchführung der bestehenden Arbeitergesetzgebung.

Die Organisation des Handelsministeriums wurde in der Weise umgestaltet, daß alle bis dahin zer-

streuten Abteilungen und Bureaus, die sich mit sozialpolitischen Dingen befassen, in einer neugeschaffenen „Direktion der Arbeit“ vereinigt wurden. Damit ist der Grund gelegt zur Verwirklichung einer alten sozialistischen Forderung, deren Urheber Genosse Bailant ist: auf Einrichtung eines Ministeriums der Arbeit.

Andererseits hat Millerand den „Höheren Arbeitsrath“ gründlich umgestaltet. Diese Einrichtung, geschaffen 1891 zum doppelten Zweck, sozialpolitische Gesetzentwürfe zu studiren und vorzubereiten und sozialstatistische Untersuchungen zu leiten, hat seitdem in Folge der Schaffung des Arbeitsamtes nur die erstere Aufgabe beibehalten. Ihr Hauptmangel war, daß, mit Ausnahme von 10 Mitgliedern, die Kraft ihrer amtlichen Stellung in den Rath berufen wurden, die übrigen 50 vom Handelsminister ernannt wurden, darunter auch Arbeitervertreter. Millerand hat dagegen dem Handelsminister die Ernennung von nur 4 Mitgliedern überlassen. Außerdem wird der Rath, neben den 10 Kraft ihres Amtes Berechtigten, folgende Zusammensetzung haben: 3 vom Senat gewählte Senatoren, 5 von der Kammer gewählte Abgeordnete und je 22 von den Unternehmern und den Arbeitern gewählte Vertreter. 15 Vertreter der Unternehmer werden von den Handels- und den Gewerbekammern, 7 von den Besitzern der Gewerbegerichte gewählt. Ähnlich bei den Arbeitervertretern: 15 werden von den Gewerkschaften und 7 von den Gewerbegerichten gewählt. Die Gewerkschaften erhalten je eine Stimme pro 25 Mitglieder. Damit ist nicht nur die Vertretung der Arbeiterinteressen im Arbeiterrath ungleich besser gesichert wie früher, sondern es sind auch die Gewerkschaften offiziell als die Vertretung der Arbeiterschaft anerkannt. Und die neue den Gewerkschaften zugewiesene Aufgabe muß ihren Einfluß ebenso steigern, wie ihre Rolle bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen in den öffentlichen Arbeiten. Die Tagung des Arbeitsrath ist fortan unabhängig von dem Willen des Ministers und hat regelmäßig stattzufinden. Alljährlich im Juni muß der Rath zu einer zweiwöchentlichen Tagung einberufen werden. Zum Arbeitsrath ist auch den Frauen das Wahlrecht gesichert.

Für die strenge Durchführung der Arbeiterschutzgesetze sorgte Millerand durch energische Rundschreiben an die Präfekten und Fabrikinspektoren. In dem Frauen- und Kinderschutzgesetz ist die Ueberwachung der Betriebe durch Kommissionen vorgesehen, denen bisher fast nur interessirte Unternehmer — soweit die Kommissionen überhaupt bestanden — angehörten. Der sozialdemokratische Minister hat den Präfekten vorgeschrieben, ferner dafür zu sorgen, daß die Ueberwachungskommissionen neben Unternehmervertretern auch Vertreter von Gewerkschaften aufweisen.

Noch wirksamer aber wird die neueste Verfügung Millerands sein, welche die dringliche Durchführung des Schutzgesetzes von 1892 vorschreibt in einer Reihe von Industriegegenden, wo die Unternehmer bisher in skandalöser Weise die Gesetzesbestimmungen betreffend den zehnstündigen Arbeitstag bzw. die sechzigstündige Arbeitswoche gänzlich mißachteten durften. Der Minister hat von den Unternehmern binnen fünfzehn Tagen eine Erklärung einfordern lassen über die Länge des Aufschubes, den sie benötigen, um das Gesetz durchführen zu können. „Ist dieser Aufschub, der auf das strikte Mindestmaß zu reduzieren ist, verstrichen“, dann müssen die Gesetzesbestimmungen durchgeführt werden.

Eine andere Verfügung besagt, daß den auf Staats- und Departementskosten zur Weltausstellung direkt von den Arbeiterorganisationen zu entfernenden Arbeiterdelegirten ein ansehnlicher Platz zu gewähren sei.

Die unter dem Ministerium Dupuy wegen des Streiks gemäßigten Briefträger hat Millerand mit allen ihren früheren Rechten wieder angestellt und in den Post- und Telegraphenwerkstätten den Achtstundentag eingeführt.

Zum Kabinettschef hat Millerand den früheren sozialdemokratischen Abgeordneten Savoy ernannt, der ein gründlicher Kenner der Sozialpolitik ist und schon in der Abgeordnetenkammer sich vorzugsweise auf diesem Gebiete bethätigte. Weitere bekannte Sozialdemokraten — schrecklich zu hören für deutsche Scharfmacher — hat Millerand zu seinen nächsten Mitarbeitern gemacht.

So sind denn die Erwartungen der Bourgeoispolitiker, die da glaubten Millerand würde sich in seiner Eigenschaft als Minister hüten, irrtige. Auch in seinen Ministerreden bekann er sich laut und vernehmlich zum Sozialismus, von seiner Ueberzeugung hat er nichts preisgegeben.

Was wird der Wiederzusammentritt der französischen

Kammer bringen! Wir wollen hoffen, daß, wenn das gegenwärtige Ministerium überhaupt lebensfähig ist, es Millerand gelingt seine Ministerkollegen von der Nothwendigkeit des zu erhöhenden Schutzes der Arbeiterschaft zu überzeugen, damit das Gesamtministerium für gesetzgeberische Förderung von Sozialreformen zu haben ist. Einstweilen hat Millerand durch sein Eintreten auf dem Wege von Dekreten für das arbeitende französische Volk sich den Dank des Proletariats gesichert.

Die Fahrradindustrie.

„Der Fahrradindustrie Glück und Ende“ könnte man die Schilderung der glänzenden Entwicklung und des plötzlichen Krachs der Fahrradindustrie überschreiben. Vor wenigen Jahren gehörte sie zu den blühendsten Industrien, die die höchsten Dividenden vertheilte und deren Aktien an den Börsen die höchsten Kurse hatten. In dieser glücklichen Lage befand sich die Fahrradindustrie nicht nur in Deutschland, sondern auch in England und Amerika. Der Glanz und der Klang dieses Goldregens wurde aber ihr Verderben. Es wurde eine neue Fabrik nach der anderen errichtet. Einzelunternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt, die bestehenden Betriebe bedeutend vergrößert und die Betriebskapitalien erheblich vermehrt. Daneben wandte sich eine ganze Anzahl von Nähmaschinenfabriken der Fahrradfabrikation als eines neuen Betriebszweiges zu, so Stoewer in Stettin, Dürrkopp in Bielefeld, Grigner in Durlach, Seidel und Naumann in Dresden u. A. mehr. Außerdem entwickelte sich ebenso rasch eine bedeutende Gießindustrie in der Gußstahlfugel- und Velordrehfabrikation, die ebenfalls zu hoher Blüthe gelangte, aber ebenso auch vom Krach in Mitleidenschaft gezogen wurde.

Die Fahrrad- und Gußstahlfugelfabriken vertheilten in den Jahren 1894, 1895 und 1896 zum Theil auch noch im Jahre 1897 Dividenden von 10, 15, 20 bis 30 Proz. Seidel u. Naumann in Dresden 40 Proz. (32 Proz. Dividende und 8 Proz. auf die sog. „Genußscheine“); außerdem erhielten die Aufsichtsräthe, die nichts anderes als kostspielige, luxuriöse Ornamente sind, sowie die Direktoren fette Tantiemen. Aber auch noch 1898 und selbst in diesem Jahre wurden theilweise sehr annehmbare Gewinne erzielt und Dividenden vertheilt, so von der letztgenannten Fabrik nach wie vor in der „Normalhöhe“ von 40 Proz.

Der starke Kapitalzudrang zu der so gewinnreichen Fahrradindustrie, ein Zubrang, den jede prosperirende Branche erlebt, führte zur Ueberproduktion und zwar zuerst in Amerika und England, wo die Preise rasch sanken und die ihre großen Vorräthe zum nicht geringen Theile auf den deutschen Markt warfen und die Folgen dieser Vorgänge, zeigten sich sodann auch in Deutschland. Die Ueberproduktion und stark verschärfte Konkurrenz machten sich in einem solchen Maße geltend, daß ein Krach eintrat, der mit seinen verheerenden Wirkungen an den großen Krach von 1873 erinnert. So mußte die 1897 mit 400,000 M. Aktienkapital errichtete Gesellschaft Frankfurter Fahrradwerk System Frank, auf die wegen wichtiger Erfindungen Frank's die größten Hoffnungen gesetzt worden, im Frühling dieses Jahres liquidiren, wobei fast das ganze Gründungskapital verloren ging. Ebenso erging es schon nach 1/2-jährigem Bestande den mit 1,260,000 M. Aktienkapital gegründeten Nordsternfahradwerken Poplawsky u. Cie. in Lehe. Eine ganze Reihe anderer Fahrradfabriken arbeitete in den letzten zwei Jahren mit mehr oder weniger erheblichen Verlusten, wobei jene Unternehmungen sich noch am Besten halten konnten, die neben der Fahrradfabrikation noch andere Artikel fabriziren. So hat sich z. B. die Fahrzeugfabrik Eisenach, die etwa 1200 Arbeiter beschäftigt, auch auf den Bau von Motor- und Kleinbahnwagen eingerichtet und ebenso ist noch manche andere Fabrik zur Fabrikation anderer Artikel übergegangen.

Am Schlimmsten hat die Krise auf die Gußstahlfugelinindustrie gewirkt. Die mit 800,000 M. Aktienkapital gegründete Nürnberger Gußstahlfugelfabrik schloß das erste Betriebsjahr mit einem Verlust von 111,512 M., worauf der Betrieb eingestellt und die Liquidation des Unternehmens beschlossen wurde. In Liquidation geriethen auch die Schwabacher Gußstahlfugelfabrik, deren für 147,000 M. angekaufte Maschinen für 13,500 M. verkauft wurden. Ihren Betrieb stellte ferner die Gußstahlfugelfabrik Bamberg, Heim u. Cie., ein. Die Deutsche Gußstahlfugelfabrik, Akt.-Ges. vorm. Fries u. Höpflinger in Schweinfurt, die 1896 mit 900,000 M. Aktienkapital gegründet worden, schloß ihr letztes Geschäftsjahr mit 1/4 Million Verlust ab. Die Fabrik ist nun zur Fabrikation von Gaserzeugungsapparaten übergegangen. Dazu ist allerdings zu bemerken, daß dieses Unternehmen Jahre lang für

seine Besitzer eine wahre Goldgrube war. Die früheren Besitzer „verdienten“ in den 6 Jahren von 1890 bis 1896, da sie das Geschäft betrieben, rund eine halbe Million Mark und auch die Aktionäre machten in den ersten Jahren glänzende Geschäfte, indem sie für 1896 30 Proz. und für 1897 12 Proz., somit in zwei Jahren 42 Proz. Dividenden gleich 21 Proz. pro Jahr erhielten. Nach solchen glänzenden Gewinnjahren können die Kapitalisten schon einige magere Jahre ertragen. Anders aber die Arbeiter. Ihre Löhne erheben sich selbst in den besten Zeiten nicht sehr über das Niveau der Kosten der gewöhnlichen Lebenshaltung und bei Eintritt der Krise haben sie deren Wirkungen voll und ganz am eigenen Leibe zu spüren. Entweder werden sie völlig arbeitslos und müssen, wenn verheirathet, mit schweren Opfern und Kosten einen Ortswechsel vornehmen; oder aber sie müssen bei ungenügender Beschäftigung und ungenügendem Verdienste, der gewöhnlich auch noch durch Lohnreduktionen gekürzt wird, mit den Ihrigen Noth und Entbehrungen ertragen. Den Betrieb eingestellt hatten auch die Deutschen Hohlkugelwerke in Schweinfurt, ein dem vorerwähnten Unternehmen sehr nahestehendes Geschäft.

In welchem Maße in der Fahrradindustrie in den letzten Jahren der Wechsel von Prosperität und Krise stattgefunden und welche Wirkungen er hatte, läßt folgende tabellarische Uebersicht erkennen.

Firma	Dividende		Gewinn	Umsatz	Produktion
	1897	1898			
Adler, Frankfurt a. M.	20	20	3	3	3
Dürrkopp, Bielefeld	20	25	2,80	3	3
Grigner, Durlach	18	18	2,50	2,80	2,80
Stoewer, Stettin	11	10	1,00	2,50	2,50
Wiktoria, Nürnberg	10	11	1	1,00	1,00
Perthlos	10	17	1	1	1
Expreß, Neumarkt	4	10	1	1	1
Seidel & Naumann, Dresden	20	20	8	8	8
Korona, Brandenburg	16	16	0,85	0,85	0,85
Schindler, Dresden	12	12	1,50	1,50	1,50
Wanderer, Schönau-Speyerbach	16	20	1,40	1,40	1,40

Diese dem Handelstheile der „Frkf. Ztg.“ entnommene Tabelle ist zunächst bezüglich der Dividenden der Firma Seidel u. Naumann dahin zu korrigiren, daß dieselbe in den letzten 2 Jahren nicht 20, sondern 40 Prozent betragen haben. Im Uebrigen läßt die Tabelle den Wechsel von Prosperität und Krise deutlich in den Kursschwankungen erkennen; den Höhepunkt erreichten die meisten der vorstehenden 11 Unternehmungen Ende 1896 resp. 1897 und nur eine, Seidel u. Naumann, erlangte denselben Ende 1898. Gegenwärtig haben die Aktien der meisten Unternehmungen den tiefsten Stand erreicht, nur bei Adler, Dürrkopp und Wanderer war der Emissionskurs noch tieferstehend. Die Dividendenangaben zeigen, daß die große Mehrzahl der 11 Unternehmungen trotz der Krise auch noch für 1898 ganz ansehnliche Dividenden, von 10 bis 40 Proz., vertheilen konnten. Nur die Korona konnte gar keine Dividende und Expreß nur eine solche von 4 Proz. vertheilen. Dagegen gibt es noch eine ganze Anzahl von Fahrradunternehmungen, die ebenfalls annehmbare Dividenden für das letzte Jahr vertheilten, so „Kronprinz“ in Ohligs bei Solingen 16 (im Vorjahr 16) Proz., Fahrzeugfabrik Eisenach 15 (8) Proz., Weherschberg, Kirschbaum u. Cie., Akt.-Ges. für Waffen und Fahrradtheile in Solingen 12 (12) Proz., Kondor-Fahradwerke, Akt.-Ges. in Brandenburg a. S. 12 (15) Proz., Metallwaaren-, Gloden- und Fahrrad-Armaturenfabrik in Mehlis (Thüringen) 10 Prozent (Juli 1898 gegründet), Giro-Fahradwerke in Köln a. Rh. 7 1/2 (10) Proz., Brandenburgia, Fabrik für Fahrradtheile, Kugellager und Nähmaschinen in Brandenburg 6 (10) Proz., Bielefelder Nähmaschinen- und Fahrradfabrik, Akt.-Ges. vorm. Hengstenberg u. Cie. 6 (6) Proz. usw. (Schluß folgt.)

Mittheilungen aus der Metall-Industrie.

Die Ausfuhr deutscher Maschinen ist in den verfloßenen Monaten d. J. eine bedeutend stärkere wie vorjährig. Sie hat betragen in den Monaten:

	1899	1898	1897
Januar bis August	8,525	7,595	10,048
an Lokomotiven und Solomotiven	3,578	3,152	2,590
„ Dampffesseln	128,948	105,715	92,491
„ sonstigen Maschinen	4,796	4,598	4,281

Hier hat man also eine Zunahme der Ausfuhr, die stärker ist als zuvor; denn sie beträgt mehr als 22 Prozent gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres und mehr als das Doppelte der Zunahme der Einfuhr. Unter den Ländern, nach denen sich unsere Ausfuhr vornehmlich richtete, steht Rußland mit 36,031 Tonnen obenan, eine Erscheinung, die sich durch die schnell fortschreitende Entwicklung der dortigen Industrie in Verbindung mit dem Umstande erklärt, daß die dortige Maschinenfabrikation den gleichen Schritt nicht einzuhalten vermochte. Das in Rußland vorhandene Bedürfnis nach ausländischen Maschinen kam auch dadurch zum Ausdruck, daß neuerdings für alle im Goldbergbau verwendeten Maschinen in gleicher Weise wie für die landwirtschaftlichen der Zoll aufgehoben wurde.

Fortschritte in der Metallindustrie. Bei dem Mangel an Hoheisen und Stahl, welcher sich in allen Industriestaaten der Welt von Tag zu Tag mehr geltend macht, ist es von praktischer Wichtigkeit, die Bemühungen zu verfolgen, die durch Anwendung der Elektrizität und der außerordentlichen Hitzegrade, die dieselbe entwickeln kann, die Eisenerzeugung mittelst der Elektrizität im Großen zu bewerkstelligen streben. Das weitere Gelingen dieser Methode muß eine außerordentliche Umwälzung dieser Industrie hervorbringen. — Der „Colliery Guardian, London“, beschreibt in sehr interessanter Weise den sogenannten Staffano-Prozess (Erzeugung von Hoheisen und Stahl aus Erzen mit Anwendung des elektrischen Lichtbogens).

Der hierbei in Verwendung kommende Schmelzofen besteht aus zwei mit ihren Grundflächen aufeinander gestellten Kegelflugen, mit denen ein dritter Kegelflug verbunden ist, in dem das niedergeschmolzene Metall gesammelt und aus dem es in üblicher Weise abgetochen wird. Oberhalb des Abflüchloches sind im Ofen zwei Kohlenelektroden von circa 1 Meter Länge und 10 Meter Durchmesser eingesetzt, deren Abstand, den an einem Volt- und einem Amperemesser gemachten Ableisungen entsprechend, von Hand aus regulirt werden kann. Die Kohlenspitzen sind durch eine trichterförmige Umhüllung von der umgebenden Luft abgeperrt; in diesem Trichter sind Deffnungen vorgesehen, durch welche die bei der Reduktion der Erze gebildeten Gase, namentlich Kohlenäure, entweichen können.

Die zur Beschickung des Ofens verwendeten Erze werden pulverisirt, durch Anwendung von Magneten von dem tauben Gestein getrennt und hierauf analysirt, um die Art und Menge der zu verwendenden Zuschläge an Kohle, Koks und Silikaten genau festzustellen, die zur Gewinnung eines Produktes von bestimmter Qualität am geeignetsten erscheinen. Diese Zuschläge werden hierauf gleichfalls gepulvert, dem Erze beigemischt und mit 5 bis 10 Prozent Theer zu einer Art Teig angerührt. Die so gewonnene Masse wird unter einem hydraulischen Druck von 200 Kg. bis 300 Kg. per Kubikmeter in Platten geformt, die hierauf in Stücke von zur Beschickung des Ofens geeigneter Größe zerstückelt werden. Sollen Legierungen erzeugt werden, so werden die entsprechenden Zuschläge der Masse vor dem Pressen zugegeben. Durch die von dem elektrischen Lichtbogen entwickelte enorme Hitze von circa 3500 Grad wird aus den Eisenoxiden Kohlenäure ausgehoben, die in den oberen Theil des Ofens gelangt und zur Reduktion des Metalles beiträgt. Die Schlacken tropfen in den unteren Theil des Ofens herab.

Zur Erzeugung einer Tonne Eisen oder Stahl sind 1600 bis 1700 Kg. Brennmaterial, je nach dem Kohlengehalte der Erze, erforderlich; das elektrische Verfahren stellt sich im Ganzen, trotz der größeren Kosten der Vorbereitung der Beschickung erheblich billiger als das gewöhnliche Schmelzverfahren.

Gleich hohes Interesse verdient das elektrische Schweißverfahren Lorian Steel Co. in Buffalo, von welchem das Fachblatt „Iron and Steel“ berichtet, und welches mit ausgezeichnetem Erfolge bei amerikanischen Straßenbahnen zum Schweißen von Schienen angewendet wird.

Hierbei tritt ein eigener, kleiner, aus fünf Wagen bestehender Zug in Thätigkeit, dessen erster der die Schiene für die elektrische Schweißung vorbereitende Sandstrahlgebläsewagen ist; auf diesen folgen drei Wagen, wovon der erste der Schweißwagen ist. Der nach diesem folgende Wagen enthält einen rotirenden Transformator, und als letzter folgt der Motorwagen. Der Schweißwagen ist mit dem Transformatorwagen derart verkuppelt, daß er längs der zu schweißenden Stelle vor- und zurückbewegt werden kann, ohne die übrigen Wagen mitzunehmen. Um zwei Schienen zu verschweißen, werden zwei Stahlbarron von drei Zoll (englische) Stärke und 18 Zoll Länge an den beiden Seiten des Schienenstoßes angelegt, die mit Aufsätzen in die Schienen greifen.

Hierauf werden mittelst hydraulischen Druckes von 1400 Pfund (englische) die zu verschweißenden Enden gegeneinander gepreßt und der Strom durchgeleitet. Das Metall an der Schweißstelle wird sofort erhitzt und erlangt rasch die zum Schweißen nötige Temperatur, worauf der hydraulische Druck bis auf circa 35 Tonnen gesteigert und der Strom unterbrochen wird.

Unter Fortsetzung des Druckes wird die Schweißstelle hierauf künstlich gefühlt. Die verhältnißmäßig kalten, die Schienenthelle gegeneinander pressenden Stahlbarron verhindern ein Springen des Metalles an der Schweißstelle, die durch einen Wagen mit Schmirgelrädern geglättet wird.

Die 300 Jahre alten Vorläufer des Fahrrades. Die „Central-Zeitung für Optik und Mechanik“ macht in einer kleinen interessanten Uebersicht darauf aufmerksam, daß als die ältesten Vorläufer des heutigen Fahrrades wohl die vieräderigen, von dem Fahren selbst in Bewegung zu setzenden Wagen gehören, die von den Nürnbergern Hans Hautsch u. Jarfler in der Mitte des 17. Jahrhunderts gebaut wurden; eine ähnliche Maschine brachte vor rund 200 Jahren

der Arzt Richard aus La Rochelle zu Stande. Direktor Hübner in Remscheid hat in einem Vortrage neulich jedoch darauf hingewiesen, daß diese merkwürdigen Fahrrad-Wagen höchstens als Urahn des heutigen Dreirades anzusehen seien, während die Schaffung des Zweirades die Erfüllung ganz anderer technischer Vorbedingungen verlangte wegen seines nicht stabilen Gleichgewichtes. Gewöhnlich hat man die von dem badischen Forstmeister Karl von Drais, Fhrn. von Sauerbrom, 1817 in Mannheim erfundene Laufmaschine als den ersten Ursprung des Zweirades betrachtet. Diese Maschine, auch Draisine genannt, hatte zwei Räder hintereinander und darüber zwischen ihnen einen Sattel als Sitz und auch einen Bügel zum Aufstützen der Arme. Tretturbeln waren jedoch nicht vorhanden, vielmehr wurde das Rad dadurch bewegt, daß der Fahrende sich abwechselnd mit den Füßen vom Boden abtrieb. Der diesen Maschinen auch beigelegte Namen Rennräder ist wohl von einem Spottvogel erfunden, denn die Vermehrung der Geschwindigkeit durch dieselben war nicht erheblich, dagegen die Anstrengung für den Fahrenden eine viel größere, als wenn er die gleiche Strecke zu Fuß gegangen wäre. Auch diese Erfindung kann man daher wohl kaum als den eigentlichen Anfang unserer heutigen Zweiräder bezeichnen. Die eigentliche Erfindung derselben ist vielmehr von dem Zeitpunkte an zu rechnen, wo die Laufmaschinen mit Tretturbeln versehen wurden. Diese weittragende Erfindung zuerst gemacht zu haben, ist lange ein Streit zwischen Franzosen und Deutschen gewesen, jedoch ist es jetzt als feststehend zu betrachten, daß der Deutsche Philipp Moritz Fischer, ein Instrumentenmacher in Schmeinfurt, spätestens 1855 ein solches Zweirad mit Tretturbeln baute, während eine solche Maschine in Frankreich erst 1859 von Michaux geschaffen wurde. Für die weitere Ausbildung des Fahrrades zu der Bedeutung, die es heute besitzt, haben dann unstreitig die Amerikaner und Engländer das meiste beigetragen. Als das Fahrrad zuerst von Europa nach Amerika eingeführt wurde, diente es unter dem wenig ermutigenden Namen „Knochenhütler“ nur als Spielerei, bis der Ingenieur Gomper auf den Gedanken kam, die Räder durch Verfeinerung der Speichen und Aufhängung der Naben in denselben wesentlich zu erleichtern und damit die Beweglichkeit der Zweiräder mit einem Schläge bedeutend zu erhöhen. Auch hatte Gomper schon die Idee, die Reibung durch einen um das Rad gelegten Gummistreifen zu vermindern. Der nächste große Fortschritt geschah dann von Seiten eines Thierarztes in Dublin Namens Dunlop, nämlich die Erfindung des Pneumatik oder wenigstens seine Anwendung auf das Fahrrad. Hohl-, mit Luft gefüllte Reifen hatte man für Wagen schon in den dreißiger Jahren in London gebraucht. Dunlop legte um das Fahrrad seines zwölfjährigen Sohnes einen mit Ventil versehenen Luftschlauch und mit gepreßter Luft gefüllten Gummistreifen, der durch Umwicklung mit einem Leinwandstreifen mit der Radfelge fest verbunden wurde. Ein Radfahrer, der Dunlop gelegentlich besuchte, erkannte sofort die große Bedeutung der neuen Idee, auf die der Erfinder nun ein Patent nahm, worauf sich der pneumatische Reifen von hier aus über die ganze Welt verbreitete.

Die Eisenzeitung stellt die kühne Behauptung auf, der Anteil der Arbeiter an den von ihnen erschaffenen Werten sei ganz gewaltig gestiegen. Ein paar Ziffern werfen diesen Schwindel des Unternehmerblattes glatt über den Haufen. Es betrug der Anteil der ober- und mittelschichtigen Bergleute an dem Förderwert in Prozenten:

1899	1892	1895	1898
47,67	45,47	42,90	40,23

Das sieht anders aus als die Zusammenstellungen der „Eisenzeitung“. Und das beste ist, daß diese Angaben entflammen den Angaben der ober- und mittelschichtigen Unternehmer.

Die Ausnutzung des Niagara als Kraftquelle ist im großen Umfange fortgeschritten. Einer Aufstellung der „Times“ entnehmen wir, daß folgende Firmen die bezeichneten Energieformen dem Fall abgewinnen:

International Paper Company	7200
Pittsburg Reductions Company (Aluminium)	3050
Carborandum Company	1000
Buffalo and Niagara Falls Electric Light Company	500
Electro-Chemical Company	400
Buffalo and Niagara Falls Electric Railway	200
Niagara Falls and Suspension-bridge Railway	250
Buffalo and Tonawanda Electric Railway	350
Abbury Electro-Chemical Company	1000
Mathieson Alkali Works	2000
Cataract Power Company (Buffalo)	8000
Tonawanda Power Company	500
Union Carbide (of Calcium) Company	10000
Niagara Development Company (workmen's dwellings)	95
Niagara Water-Works	45
Summa:	34590

Zu diesen im Oktober gemachten Aufstellungen treten 2 neue Werte hinzu, die Niagara Graphite Company und die Lead Reduction Company, welche die Summe auf 45190 PS. bringen, und eine Einnahme von über 150000 Strl. kontraktlich ergeben. Die Betriebsausgaben übersteigen nicht 25000 Strl. pro Jahr. Die Unternehmer machen also ein inkraftiges Geschäft.

Die Lage der deutschen Eisenindustrie wird von dem Herrn Oberbergamt a. D. Wächter recht günstig beurteilt, im Gegensatz zu warzenden Stimmen aus dem Unternehmerkreise. Herr Wächter, Verwaltungsratsmitglied der Königs-Laurahütte, sagte u. A.:

Es scheint auch außer Frage, daß nicht nur das laufende Jahr, sondern noch viel mehr das Jahr 1900 für alle gut-jährigen Rhein-Unternehmungen sowohl bezüglich des Arbeitsquantums als auch hinsichtlich der finanziellen Resultate ungewöhnlich günstig sein wird; denn die Werke haben schon kolossale Arbeitsquantitäten übernommen und gehen jetzt erst von Monat zu Monat an die Erfüllung von Aufträgen mit höheren Preisen. Allerdings sind auch die Löhne gestiegen. Diese Lohnsteigerungen kommen aber sofort in den Selbstkosten zur Erscheinung, während die höheren Preise immer erst vier bis sechs Monate später in den Erlösen sich ausprägen. Außerdem haben alle gut vermaillierten Anlagen ihre Einrichtungen so verbessert, daß dadurch, ungeachtet höherer Arbeitslöhne, die Selbstkosten kaum gegen 1898 sich erhöht haben werden. Wenn man bedenkt, daß der Bedarf

stetig alljährlich zunimmt und daß eine derartig forcierte Arbeitsleistung, wie sie heute allen Anlagen zugemutet wird, auf die Dauer von den Fabriken gar nicht geleistet werden kann, da die Abnutzung zu stark ist und große Reparaturen bedingt, so erscheint auch das Entstehen neuer Werke noch nicht unbedingt zu der Annahme berechtigt, die Ueberproduktion stehe unmittelbar bevor und werde eine schädliche Preisreduktion zur Folge haben. Wenn es auch richtig ist, daß die wirtschaftliche Entwicklung sich nicht unausgesetzt in aufsteigender Richtung bewegen kann, so dürfte es heute doch unter Berücksichtigung des großen Bedarfs, der für das Eisenbahnwesen, Schiffbau, elektrische Anlagen, andere industrielle Einrichtungen, das Baugewerbe und den durch die wesentliche Verbesserung der Lage der Arbeiterbevölkerung im Allgemeinen gesteigerten Verbrauch sich herausstellen wird, entschieden verfehlt sein, zu behaupten, die Montanindustrie im Allgemeinen habe ihren Höhepunkt bereits erreicht oder werde ihn wenigstens mit 1900 überschreiten. Es wird ja wahrscheinlich nicht in demselben Tempo wie in den letzten beiden Jahren mit einer Steigerung der Erträge weiter gehen, aber jedenfalls ist die Lage der Montanindustrie so ungemein gesund und heute schon bis über 1900 hinaus als so günstig liegend zu übersehen, daß es etwas Kühn erscheint, eine Wandlung zum Schlechteren für absehbare Zeit jetzt schon bestimmt zu prognostizieren.

Die kolossalen Preissteigerungen auf dem amerikanischen Eisenmarkt veranschaulicht deutlich nachstehende Tabelle. Es notierte die Sonne:

	1899				Ende Septbr. 1898
	Anfang Juli	Anfang August	Anfang Septbr.	Ende Septbr.	
	Doll.	Doll.	Doll.	Doll.	Doll.
Gießerei-Hohesien Standard Nr. 2, loco Philadelphia	18,50	20,25	21,25	22,50	10,75
Gießerei-Hohesien Nr. 2 (aus dem Süden, loco Cincinnati)	17,—	18,—	18,75	20,25	9,75
Bessemer-Hohesien Graues-Puddeleisen loco Pittsburgh	20,35	21,25	22,50	23,50	11,40
Stahlknüppel loco Pittsburgh	17,—	17,75	19,—	21,50	9,35
Walzdraht loco Pittsburgh	32,50	34,—	37,—	39,—	16,—
Schwere Stahlschienen ab Werk im Osten	40,50	43,—	44,—	45,—	22,—
	28,—	30,—	32,—	33,—	18,—

Eine solche wahrnehmbare Produktionsvertheuerung deutet auf kein gesundes Wirtschaftsleben hin. Thatsächlich beherrschen heute auch die Garmegie und Konferten souverain den Eisenmarkt. Diese Millionäre können ja auch mit Ruhe den Strich erwarten, sie hungern nicht währenddem.

Das Zuchttausgesetz vor dem bayerischen Landtage.

Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtags hatte eine Interpellation eingebracht, die durch den Abgeordneten Dertel begründet wurde und folgenden Wortlaut hatte:

„Aus welchem Grunde hat die Staatsregierung im Bundesrathe dem Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerbliehen Arbeitsverhältnisses ihre Zustimmung erteilt?“
 Redner verwies auf den Widerspruch der zwischen der jeinerzeit vom Minister des Innern abgegebenen Versicherung, daß das Koalitionsrecht von der bayerischen Regierung geschützt werden solle, und der Abstimmung des bayerischen Bevollmächtigten im Bundesrathe bestehe. Ein Grund für strengere Bestimmungen liege nicht vor, da die heutigen Gesetzesbestimmungen mehr denn ausreichend seien. Nur ein geringer Theil aller an Streiks Theilnehmenden machten sich einer Gesetzesübertretung schuldig. Wörtlich fuhr Redner fort:

„Ich meine überhaupt, mit diesem Gesetze werden ganz andere Zwecke verfolgt. (Sehr richtig!) Man weiß genau, daß man mit den heutigen Strafbestimmungen auskommt! Das ununterbrochene Schüren der Anhänger des Industrialismus, das ewige Verlangen nach weit höherem Schutze der Unternehmer gegen Streiks ist die hauptsächlichste Veranlassung zur Einbringung des Gesetzes.“

Was wird dadurch geschehen? Hunderttausende organisirter Arbeiter, gleichgiltig, welcher politischen oder religiösen Ueberzeugung, werden durch das Zuchttausgesetz getroffen; die Organisationen werden zerstört, der wirtschaftliche Kampf nahezu unmöglich gemacht. Die Arbeiter werden sich künftig nicht mehr wirtschaftlich frei bewegen; sie werden verhindert, sich eine bessere Lebenshaltung zu erringen. Das Zuchttausgesetz bezweckt, die Arbeiterwelt dem Unternehmertum unterthan, willenlos zu machen. Und die Schreie der Me-daille? Ganz anders geht man gegen das Unternehmertum vor; bricht ein Streik aus, steht ihm die Polizei zur Verfügung. Die Unternehmervereinsversammlungen sind unangenehm und unüberwacht. Sie erörtern politische Angelegenheiten, kein Staatsanwalt greift ein. Vom Unternehmertum wird ungenügend gesprochen in gewissen Kreisen; ihre schwarzen Listen, ihre Verurtheilungen, ihre Verurtheilungen und Kartelle bleiben unbeanstandet, während man die Hungerpreise über die Arbeiter schwingt. Gegen die Preisregulirungen der Kartelle hat man nichts einzuwenden. Ganz anders beim Verlaufe der Arbeitskraft des sozial Unterdrückten. Der muß eben verkaufen, will er nicht verhungern. Das Gesetz würde die tiefgehenden, schwersten Schädigungen der Arbeiterklasse mit sich bringen. Bayern hat widerstandslos den Entwurf akzeptirt. Bayern steht vollständig unter preussischem Einflusse. (Bollmar: Sehr richtig!) In allen realistischen Maßnahmen befindet sich Bayern auf Seite der preussischen Reaktion. Ziel zu wenig wird auf seine Selbstständigkeit gegeben, viel mehr auf die Unterstützung der preussischen Politik. Diese Politik ist meiner Meinung nach nicht richtig, sie ist durchaus verfehlt; das tritt am Deutlichsten hervor bei der Zustimmung zum Zuchttausgesetz. Aus all den Gründen können wir der Regierung nur die

entschiedenste Mißbilligung aussprechen, ihre Abstimmung auf's Allerhöchste verurtheilen.“

Minister v. Feilisch und Justizminister v. Leonrod vertheidigten die bayerische Regierung und das Zuchttausgesetz in nicht gerade geschickter Weise. Der Justizminister meinte, die Bezeichnung „Zuchttausvorlage“ sei ganz falsch; denn die §§ 1 und 8 würden nur in den seltensten Fällen Anwendung finden.

Der Zentrumsabgeordnete Schäbler sprach sich im Namen seiner Fraktion scharf gegen den Entwurf aus und betonte, daß von diesem Standpunkte keine Linie abgewichen würde. Das Zentrum wolle volle Koalitionsfreiheit und keine Beschränkung. Der liberale Abgeordnete Casselmann bekennt sich der „Zuchttausvorlage“ gegenüber zu dem Standpunkte Bassermann's, soweit dessen Reichstagsrede in Betracht kommt. Nicht einverstanden ist er mit seinen späteren Reden. Er verlangt, daß die bayerische Regierung dem Bundesrathe erkläre, alle bayerischen Parteien halten den Entwurf für unnötig und für einen politischen Fehler.

Daß die Staatsregierung im Widerspruch mit dem ganzen Lande abgestimmt habe und deshalb ihre Abstimmung zurückziehen müsse, konstatierte Abgeordneter Segitz. Schon der § 153 der Gewerbeordnung sei ein Ausnahmerecht gegen den Arbeiter. Redner fährt fort: „Wenn Herr Feilisch überhaupt berechtigte Streiks zugestehet, dann gibt er die Vorlage auf, dann muß er das Streikpostensystem unbeschränkt lassen. Der Redner zitiert bürgerliche Autoren für die Nothwendigkeit des Postensystems und verliest das Urtheil des Frankenthaler Gewerbegerichts über das Postensystem. Das Justizministerium hat keine bedingte Vergünstigung für Streikpostensystem, wohl aber für Diebe. Warum bedroht man nicht mit dem Zuchttausparagrafen Pulverfässer oder Bankiers, die Geld für einen Krieg verweigern? Arbeiter und Unternehmer werden ganz verschieden behandelt. Katholische und sozialdemokratische Arbeiter halten gegen die Vorlage zusammen, immer einiger in gewerkschaftlichen Fragen. Ein Treubruch der Unternehmer war die Veranlassung zum Augsburgener Mauerstreik. Die Polizei ist hier verbittern vorgegangen. Die Denkschrift enthält maßlose Verallgemeinerungen aus Augsburgener Anlagenschriften und Zeitungsauschnitten. Sie birgt Beleidigungen gegen die Arbeiterführer, deren Wahrheitsliebe und Objektivität hoch über der Denkschrift steht. Sie wimmelt von Uebertreibungen und enthält keine Silbe von dem Terrorismus der Unternehmer. Redner legt schwarze Listen vor, illustriert den Terrorismus der Handwerkervereine, die Verhinderung von Materiallieferung an Outfitters, die Unternehmerorganisationen seien mehr Unfrieden als wir. Die Arbeiterorganisationen erstreben die Vermeidung von Streiks. Der Gesetzentwurf ist eine Revolution von Oben. Sie reden von einem inneren Feind. Wenn der Entwurf Gesetz wird, haben Sie den Feind im Innern. Darum müssen alle Parteien gegen die Zuchttausvorlage sein.“

Auf dem Plane erschienen nun nochmals der Justizminister und der Minister des Innern. Letzterer vertheidigt die Arbeiterfreundlichkeit der Regierung. Die Polizei greife bei Streiks nur ungern und gezwungen ein. (?) Auch er mißbilligt den Unternehmerübermuth, doch schränke der Entwurf die Koalitionsfreiheit keineswegs ein. Der liberale Lehrer Wörle tritt für die Freiheit des Postensystems ein. Skandale wie der Augsburgener seien nicht von Arbeitern, sondern von jungen Burken gemacht. Schürmer (Zentr.) schilderte die Unmöglichkeit, nach der Zuchttausvorlage die Lage der Arbeiter zu verbessern und spricht sich für das Zusammengehen katholischer und sozialdemokratischer Gewerkschaften aus. Von zu mildem Vorgehen der Polizei bei Streiks weiß der liberale Augsburgener Kommerzienrath Brach zu berichten. Wäre die Gleichgiltigkeit der Polizei nicht so groß, so würden die bestehenden Gesetze ausreichen.

Nach nebensächlichen Aeußerungen der Abgg. Dr. Kub, Fischer, Casselmann, und nachdem der Minister des Innern die Augsburgener Behörden wegen ihres Vorgehens während der Augsburgener Krawalle gelobt, trat Schluß der Debatte ein.

Der „Vorwärts“ bemerkt zu dieser Interpellation über die Zuchttausvorlage:

„Die bayerischen Debatten über die Zuchttausvorlage stellen ein Vorpostengefecht gegen die Zuchttausvorlage dar, und sie bilden ein nicht unerfreuliches Stimmungszweigen für den bevorstehenden großen Kampf im Reichstag. Es hat sich wiederum gezeigt, daß auch die bürgerlichen Parteien, unter der Wucht der Proteste der gesammten Arbeiterklasse es nicht wagen, sich zu dem Gesetze zu bekennen. Wie bei der ersten Besung im Reichstag, so war auch in der bayerischen Kammer das Ergebnis der Debatte eine klägliche Niederlage der Regierung. Die Herren Feilisch und Leonrod schneiten nicht besser ab als die Posadowsky und Lieberding. Auch die bayerischen Minister mußten nichts Anderes vortragen, als schreckliche Märchen von dem Arbeiterterrorismus, als die harmlose Versicherung, man denke nicht daran, die Koalitionsfreiheit einzuschränken, nur den Koalitionszwang wolle man beseitigen.“

Die Herbstkampagne gegen die Zuchttausvorlage hat durch die bayerischen Verhandlungen einen verheißungsvollen Anfang genommen.“

Bericht über meine Agitationstour in Schleswig-Holstein.

Auf Anregung der Agitationskommission für Schleswig-Holstein fand mit Zustimmung des Hauptvorstandes eine größere Agitationstour statt. Begonnen wurde am 5. August in Kiel und wurden daselbst und in den umliegenden Orten Ellerbeck, Dietrichsdorf, Gaarden und Friedrichsdorf Versammlungen abgehalten. Am Montag, 7. August wurden in einer Werkstattoversammlung der Daebel'schen Fabrik die dort herrschenden Mißstände zur Sprache gebracht. Außer Ueberstundenarbeit, schlechter Ventilation u. s. w. ist bemerkenswert, daß in der Daebel'schen Gießerei die Trockenkammer keinen Schornstein und keine Abzugsklappe hat und Folge dessen Morgens nach Öffnen der Trockenkammer Dampf und Hitze ihren Weg durch die Werkstatte suchen müssen, was selbstverständlich eine „gesunde angenehme Temperatur“ verursacht. Außerdem muß es für die Arbeiter

äußerst vergnüglich sein, die in Folge des Fehlens des Abzuges heiß bleibenden Formkassen aus der Trockenkammer zu entfernen. Schon vor einigen Jahren wurde bei Befichtigung der Fabrik der Fabrikinspektor auf diese Mustertrockenkammer aufmerksam und frug nach Schornstein und Abzug. Es wurde ihm der nebenstehende Schornstein des Schmelzofens für den der Trockenkammer angeheben. Vor der Thüre der Trockenkammer war wohlweislich eine beladene Karre geschoben, so daß man von innen den famosen Abzug nicht besichtigen konnte. Es ist darüber bei dem jetzigen Fabrikinspektor schriftlich und mündlich Beschwerde geführt worden und hoffentlich wird — trotz des Verlep'schen Erlasses, worin die königlichen Regierungs-Präsidenten aufgefordert wurden, den Gewerbe-Aufsichtsbeamten ihres Verwaltungsbezirktes „anzuweisen, jeden amtlichen Verkehr, insbesondere auch alle Korrespondenzen mit Beschwerdefunktionen zu vermeiden“ — der Fabrikinspektor dafür sorgen, daß diese Mustertrockenkammer eine Abzugsklappe erhält, was sehr leicht durchführbar ist, da der Abzug nur in den nebenstehenden Schornstein des Schmelzofens zu leiten ist.

Die öffentliche Versammlung in Kiel war befriedigend, was von denen in Gaarden, Glerbeck und Dietrichsdorf nicht gesagt werden kann. Obwohl dort Tausende von Arbeitern wohnen, die auf der Kaiserlichen und Gowaal'schen Werft beschäftigt sind, herrscht im Punkte Versammlungsbesuchen und Organisation eine Trägheit, daß man zur Annahme hinerneigen könnte, die in den Kaiserlichen Erlassen von 1890 ausgedrückten Wünsche seien erfüllt, und die Staatswerkstätten hätten sich „bezüglich der Fürsorge für die Arbeiter zu Musterwerkstätten entwickelt“, oder es sei gar die Staatsgewalt den in den Erlassen vorgesehenen Aufgaben nachgekommen, „die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse, der Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ — Ein schöner Traum! Nimmt man die Gelegenheit wahr und befigtigt man die Kaiserliche Werft, was man, nebenbei gesagt, für 50 Pfg. baares Geld und gute Worte kann, dann glaubt man sich anderswo zu befinden, als in einem sogen. Musterbetrieb — schon die besetzten und besäbelten Scherben an den Eingängen erwecken ein besonderes Gefühl.

Daß die dort beschäftigten Arbeiter trotz der keineswegs beneidenswerten Zustände den Werth der Organisation nicht anerkennen wollen und die Versammlungen meiden, liegt in dem Indifferentismus, der genährt wird durch Feierabendarbeit und Angst vor Entlassung, was den Arbeiter zum mechanischen Werkzeug macht, der selbst ängstlich über sich wacht, Alles zu vermeiden, was dahin führen könnte, daß es vor seiner entgeltlichen Abnützung eventuell austrangirt werden könnte. Wer dies vermeidet, hat eine Brodstelle und Aussicht auf sichere Staatspension, d. h. wenn es der Volksvertretung nicht einmal einfällt, die Marineforderungen zu verweigern.

Verhältnismäßig gut besucht war die Mitglieder-Versammlung in Pries bei Friedrichsdorf. Auch dort hindert die militärische Disziplin auf der Kaiserlichen Torpedowerkstatt die Kollegen sich gewerkschaftlich zu betätigen zu können wie es nothwendig wäre, und es konnte deshalb keine öffentliche Versammlung abgehalten werden. Aber die Kollegen sind sich des Wertes der Organisation wohl bewußt und auch der Schwierigkeiten, mit denen sie zu rechnen haben und müssen demgemäß ihr ganzes Thun und Lassen diesen Verhältnissen anpassen.

Die Versammlung in Büdelsdorf bei Rendsburg beschäftigte sich mit den Beschlüssen der Generalversammlung und der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Die Zahlstelle Büdelsdorf hat angeblich durch die Erhöhung der Beiträge 14 Mitglieder verloren, oder besser gesagt: dieselben haben diese Gelegenheit benützt, bei für sie günstigem Wind aus der Organisation herauszufegen. Andere Verhältnisse sind es, die hier bei dem Austritten die Hauptrolle spielen: Ein Theil der auf der Karlsbütte beschäftigten Arbeiter sind des „Glückes“ theilhaft geworden, in den von Seiten der Fabrik errichteten Arbeiterwohnungen hausen zu können, andere sind im Besitz eigener oder scheinbar eigener Häuschen. Dazu gesellt sich noch „Landwirthschaft und Viehzucht“. — Da die Arbeitszeit auf der Karlsbütte eine äußerst „geringe“ ist, minimal 10 1/2 Stunden, manchmal auch „nur“ 12 bis 14 Stunden — je nach Bedarf —, so bleibt immer noch „vollauf Zeit“ zur Betreibung der Landwirthschaft und Viehzucht, soweit die Frau nicht diesem Beruf nachkommt. Daß diese Arbeiter es „nicht nöthig“ haben, sich zu organisiren, ist klar. Wo sich „Industrie mit Landwirthschaft und Viehzucht“ vereinigt wie hier, da ist für ein Viertel, für die Organisation kein Platz. Nach des Tages Arbeit — sofern sie nicht bis in die Nacht währt — finden diese Leute „Erholung“ in landwirthschaftlicher Betätigung oder im Viehstall, Sonntags wird diese Erholung noch verstärkt durch eine Flasche Feuerwasser, was dazu beiträgt, dieses Stilleben noch idyllischer erscheinen zu lassen. Macht man sie aufmerksam auf die äußerst geringen Löhne, und daß sie höhere erstreben könnten durch Zusammenhalt und Einigkeit, so erhält man die Antwort, daß sie auskommen und nicht mehr verlangen. Daß dadurch die Gesamtverhältnisse der dortigen Arbeiter geschädigt werden, daß derjenige, der nicht das Glück hat, „Haus, Land und Vieh“ zu besitzen, bei diesen Löhnen, mit denen sie zufrieden sind, verhungern muß, und daß sie dadurch sich selbst und ihre Familie schädigen; daß der Arbeiter außer Essen, Trinken, Schlafen und dem Fortpflanzungstrieb noch andere Bedürfnisse hat, daß er als Mitschöpfer aller Kultur und gesellschaftlicher Werte auch ein Anrecht hat, an diesen Kulturerrungenschaften Theil zu nehmen, oder mindestens damit Schritt zu halten, das verstehen sie nicht. — Woher sollten sie auch das Verständnis nehmen? Zum Lesen von Zeitungen, oder zur Befriedigung anderer geistigen Bedürfnisse ist keine Zeit, und in der Schmapflasche liegt keine Aufklärung. — In der Karlsbütte ist die Ausnützung der Arbeitskräfte so weit vorgeschritten, daß man nicht zufrieden ist mit den billigen männlichen Arbeitskräften, sondern daß man zu Arbeiten, die sonst nur von männlichen Arbeitern verrichtet werden, wie Kernmachen, noch billigere weibliche Arbeitskräfte eingestellt hat. — Auf Wunsch der dortigen Ortsverwaltung hatte man die 14 austrgetretenen Mitglieder zu einer Besprechung eingeladen, um die Gründe ihres Austritts zu hören, aber sie zogen es vor, durch Abwesenheit zu glänzen.

In der Nachbarverwaltung Rendsburg war die

Versammlung befriedigend und hat der Stand der Mitglieder sich erhalten, trotzdem ein Theil derselben ebenfalls auf der Karlsbütte beschäftigt sind.

Karl Massatsch.

Nordbayerische Metallarbeiter-Konferenz.

Am 22. Oktober tagte in Nürnberg im „Café Merl“ die 4. Konferenz der Metallarbeiter Nordbayerns. Anwesend waren 59 Delegirte, die 19 Ortschaften vertraten, die Mitglieder der Agitationskommission, ein Mitglied der Südbayerischen Kommission, auch der Hauptvorstand war vertreten.

Nachdem die Bureauwahl erledigt, gab Kollege Rögner den Bericht der Agitationskommission. Aus demselben ermahnen wir, daß die Kommission im verflohenen Jahre verschiedentlich versuchte, neue Verwaltungsstellen zu errichten, gelungen ist ihr das in Hof, Markt-Redwitz, Ansbach und Rothenburg. Die Zahlstelle Burglengenfeld ging wieder ein, das gleiche Schicksal hatte die Zahlstelle Lauf. Die Zahlstelle Weiden trat zu dem auf moderner Grundlage geschaffenen Eisenbahnerverband über. — Differenzen zwischen Arbeitern und Unternehmer wurden von der Agitationskommission geschlichtet in Neumarkt und in Regnitz.

Der von Rössing gegebene Kassenbericht verzeichnete eine Einnahme von 1044,45 M die Ausgaben betragen 762,80 M

so daß ein Kassenbestand von 281,65 M verbleibt.

Aus den Berichten der Delegirten ist Folgendes zu entnehmen. 9 Verwaltungsstellen haben zum Theil einen enormen Zuwachs zu verzeichnen. Ihren Mitgliederstand behalten haben 8 Verwaltungsstellen. Ein Rückgang wurde von 8 Verwaltungsstellen gemeldet. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug 240 Mitglieder, austrgetreten sind 123 Mitglieder, so daß ein Zuwachs von 117 Mitglieder konstatirt werden kann. *)

Interessant war der Bericht des Regensburger Delegirten. Danach werden beschäftigt in

	Gejellen	Lehrlinge
23 Kunst- und Bauhloßereien	81	90
15 Schmiedewerkstätten	29	14
30 Spenglereien und Installationsgeschäften	85	58
3 Metallbrückerien und Gürtlereien	80	8
10 Zinngießereien	6	9
10 Messerschmiedereien	4	8
4 Kupferschmiedereien	4	7
7 Mechanikern	14	26
4 Optikern	2	1
2 Glodengießereien	3	1
3 Zeugschmieden	1	1
3 Feilenhauern	3	—
3 Büchsenmachern	4	4
Schleifereien	—	5

Außerdem sind in Regensburg 6 Maschinenfabriken, die 160 gelernte Arbeiter, 22 Tagelöhner und 55 Lehrlinge beschäftigen.

Da der Genosse Segitz verhindert war, das Referat zu halten, wurde der Punkt „Afford- und Lohnarbeit“ von der Tagesordnung abgesetzt.

Weim nächsten Punkt wurden 3 Anträge angenommen. Der erste Antrag verlangt, daß die nächste Konferenz außerhalb Nürnbergs abgehalten werde. Es wird Fürth als nächster Konferenzort bestimmt.

Der zweite Antrag verlangt, daß die Verwaltungsstellen ihre Berichte 14 Tage vor Abhaltung der Konferenz an die Agitationskommission schriftlich einzureichen haben.

Ein dritter Antrag, von Freisinger (München) begründet, fordert die Agitationskommission auf, zu versuchen, über die Mißstände in den Staatsbetrieben statistisches Material zu gewinnen.

Diese drei Anträge wurden angenommen.

Je ein Antrag, die Maifeier und die Konsumvereine betreffend, werden durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

In die Agitationskommission wurden die Kollegen Breder, Hassel, Enßner, Rögner und Rössing gewählt. Als Ersatzleute sind die Kollegen Kraus, Kästen und Etterich-Wäg bestimmt. — Hierauf wurde die Konferenz geschlossen.

Die Schriftführer: G. Rössing. Hans Meuna.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle Dülken:
 - der Maschinenformer Josef Anstöß, geb. zu Dülken am 24. Juli 1873, B. Nr. 315 199;
 - der Former Eduard Bonus, geb. zu Dülken am 1. Mai 1875, B. Nr. 315,90;
 - der Dreher Arnold Babi, geb. zu Dülken am 29. Sept. 1867, B. Nr. 315 138;
 - der Former Hermann Bovi, geb. zu Dülken am 5. März 1874, B. Nr. 315,065;
 - der Former Josef Busch, geb. zu Dülken am 2. Febr. 1881, B. Nr. 315 124;
 - der Former Johann Fürwensch, geb. zu Dülken am 5. Juni 1872, B. Nr. 315 085;
 - der Former Emald Vinken, geb. zu Dülken am 10. August 1876, B. Nr. 302 897;
 - der Former Johann Oberheim, geb. zu Dülken am ? B. Nr. ?
 - der Maschinenformer Johann Peters, geb. zu Dülken am 20. Nov. 1877, B. Nr. 315 208;
 - der Dreher Heinrich Kemmler, geb. zu Dülken am 10. Sept. 1876, B. Nr. 286 286;

*) Diese Zahlen erscheinen uns nicht richtig, nach unserer Meinung ist sowohl die Zahl der Aufnahmen wie der Austritte im 3. Quartal höher. Red.

- der Former August Schriefer, geb. zu Dülken am ? B. Nr. 315,087;
 - der Former Joseph Siemens, geb. zu Dülken am ? B. Nr. ?;
 - der Hilfsarbeiter Hubert Bandenberg, geb. zu Dülken am 30. Juli 1870, B. Nr. 315 154;
 - der Former Karl Bandenberg, geb. zu Dülken am 19. Januar 1867, B. Nr. 302 898;
 - der Former Wilhelm Bandenberg, geb. zu Dülken am ? B. Nr. 315 174;
 - der Former Wilhelm Bedes, geb. zu Dülken am 17. Mai 1870, B. Nr. 319 094;
 - der Former Heinrich Boffen, geb. zu Dülken am 26. Juli 1880, B. Nr. 315 132;
 - der Former Heinrich Wolterz, geb. zu Dülken am 15. März 1880, B. Nr. 315 088;
- fämmtlich wegen Streifbruchs;
- auf Antrag der Verwaltungsstelle Gera:
 - der Hobler Franz Büttner, geb. zu Grumbach am 19. Sept. 1864, B. Nr. 251 356;
 - der Dreher Otto Kneufel, geb. zu Papersdorf am 10. Sept. 1872, B. Nr. 311 743;
 - der Schlosser Moritz Krug, geb. zu Koben am 14. Febr. 1878, B. Nr. 185 750;
 - Der Dreher Bruno Kollka, geb. zu Rothenthal am 25. Febr. 1873, B. Nr. 115 265;
 - der Schlosser Josef Tucek, geb. zu Pasoschel am 29. Juni 1859, B. Nr. 251 319;
 - der Hobler Reinhold Wäghold, geb. zu Kromnitz am 3. Juli 1881, B. Nr. 323 661;
 - der Schlosser Otto Bausch, geb. zu Höhenmölsen am 7. Oktober 1876, B. Nr. 311 721;
- fämmtlich wegen Streifbruchs;
- auf Antrag der Verwaltungsstelle Langenberg b. Gera:
 - der Former Louis Baier, geb. zu Langenberg am 17. März 1860, B. Nr. 28 201;
 - der Former Franz Fündelstein, geb. zu Langenberg am 28. August 1877, B. Nr. 282 027;
- beide wegen Streifbruchs;

- auf Antrag der Verwaltungsstelle Schwabach:
 - der Silberschläger Adam Bayerlein, geb. zu Schwabach am 23. März 1860, B. Nr. 3081, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - die Beschneiderin Rosina Bayerlein, geb. zu Schwabach am 8. Juli 1870, B. Nr. 123 723, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - die Beschneiderin Mathilde Böcklein, geb. zu Schwabach am 4. März 1863, B. Nr. 131 350, wegen Streifbruchs;
 - der Silberschläger Johann Brunner, geb. zu Untergreifenbach am 1. Septbr. 1864, B. Nr. 132 104, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - die Beschneiderin Margaretha Brunner, geb. zu Schwabach am 26. Juli 1867, B. Nr. 123,721, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - der Silberschläger Martin Bub, geb. zu Schwabach am 5. Dezember 1859, B. Nr. 3066, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - die Beschneiderin Philippine Bub, geb. zu Schwabach am 13. Januar 1883, B. Nr. 300 658, wegen Streifbruchs;
 - der Silberschläger Philipp Bühler, geb. zu Schwabach am 14. Januar 1865, B. Nr. 3080, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - die Beschneiderin Marie Bühler, geb. zu Schwabach am 26. Nov. 1866, B. Nr. 114 509, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - die Beschneiderin Marie Bühlinger, geb. zu Schwabach am 11. April 1884, B. Nr. 300 673, wegen Streifbruchs;
 - die Beschneiderin Biette Marg. Fuchs, geb. zu Schwabach am 7. Novemb. 1869, B. Nr. 32 373, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - die Beschneiderin Marg. Döörfer, geb. zu Schwabach am 24. Dezbr. 1880, B. Nr. 123 716, wegen Streifbruchs;
 - der Silberschläger Michael Schwab, geb. zu Schwabach am 12. Sept. 1869, B. Nr. 48 681, wegen unkollegialen Verhaltens;
 - die Beschneiderin Margarethe Beck, geb. zu Schwabach am 14. Nov. 1878, B. Nr. 227 547, wegen Streifbruchs;
 - die Beschneiderin Louise Zwirner, geb. zu Nürnberg am 24. Juni 1883, B. Nr. 300 666, wegen Streifbruchs.

Das Mitglied Konrad Pfeiffer, geb. am 21. April 1881 zu Ansbach, B. Nr. 297 301, wird hierdurch aufgefordert, die von der Verwaltungsstelle in Würzburg entnommene Sammelliste nebst den darauf gezeichneten Betrag von 2 M umgehend abzuliefern, widrigenfalls sein Auschluss aus dem Verband erfolgt.

Das Gleiche gilt für den Kesselschmied Johannes Hohlfeiber, B. Nr. 132 534, der in seiner Eigenschaft als Unterkassirer der Verwaltungsstelle in Gustavsburg-Rostheim über 10 Beitragsmarken à 20 S nicht abgerechnet hat. Die Ortsverwaltungen und Bevollmächtigten werden gebeten, die obengenannten Mitglieder im Betretungsfall anzuhalten und ihnen die Mitgliedsbücher abzunehmen.

Der Klempler Wilhelm Nielsen wird hierdurch um Angabe seiner Adresse ersucht, damit ihm die Begründung eines gegen ihn eingereichten Antrags auf Ausschluss behufs etwaiger Rechtfertigung zugestellt werden kann.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Eduard Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160II**, zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialen Gruß

Der Vorstand.

Korrespondenzen.

Formen.

Cannstatt, 30. Oktober. Am 28. Oktober legten, wie schon kurz gemeldet, 40 Mann der Firma Wilhelm Grupp, Eisengießerei, die Arbeit nieder. Dieselben standen schon seit Anfang Juni d. J. in Unterhandlung mit ihrem Prinzipal, ohne daß ein für die Arbeiter annehmbares Resultat erzielt worden wäre. Auch die nach in den letzten 14 Tagen nach Einreichung der Kündigung gemachten Versuche, einen Vergleich zu Stande zu bringen, waren vergeblich. Dank der Hartnäckigkeit, mit der Grupp, angepornt durch den Verband württembergischer Metallindustrieller, dessen Mitglied er ist, auf seinem Unternehmerstandpunkt verharrte. Die Forderungen der Arbeiter an ihren Prinzipal lauten: 1. Abschaffung des jetzt bestehenden provisorischen Akkordsystems und Bezahlung eines auskömmlichen Tagelohns. 2. Einhaltung der zehnstündigen Arbeitszeit; wird Ueberzeitarbeit nötig, so ist diese mit 25 Proz. Zuschlag zum festgesetzten Tagelohn zu bezahlen. 3. Anständige Behandlung der Arbeiter seitens der Vorgesetzten. Um diese Forderungen zu verstehen, ist es nötig, ein Bild von den Zuständen, wie sie in der Eiserei des Herrn Grupp vorhanden sind, zu geben. In der Arbeitsordnung lautet der § 4: „Der Arbeiter enthält den bei seiner Annahme oder später festgesetzten Tagelohn oder im Falle der Uebertragung von Akkordarbeit den bei Festsetzung des Akkords vereinbarten Akkordlohn.“ Macht nun ein Former ein und dieselbe Arbeit mehrere Male und vergleicht er dann den Preis, so findet er heraus, wenn er seine Lohnzettel aufbewahrt hat, daß das eine Mal für 100 Kilogramm Guß beispielsweise 5 M., das andere Mal 4,50 M. bezahlt werden, oder machen zwei Formen das gleiche Stück Arbeit, so erhält der eine dafür vielleicht 6 M., der andere 5 M. Dieses eigenartige Akkordsystem wollten die Arbeiter beseitigt wissen, sie verlangten, daß Jedem ein Tagelohn festgesetzt werde. Auf Wunsch des Herrn Grupp stellten die Arbeiter nun eine Liste auf, worauf jeder Former den Lohn, den er beanspruchte, in der Höhe seines bisherigen Durchschnittsverdienstes angab. Jetzt erklärte Herr Grupp plötzlich, daß er sich nicht darauf einlasse, Tagelohnzahlung einzuführen, denn wenn Tagelohn gearbeitet würde, so würde mancher Former nicht mehr so viel leisten wie früher; auch dürfe er nach den Statuten seines Verbandes die Einführung des Tagelohns nicht zugeben. Herr Grupp machte nun den Vorschlag, im festen Akkord zu arbeiten, und gab damit selbst zu, daß sein bisheriges System nicht zulässig sei. Die Arbeiter erklärten, daß sie nur unter folgenden Bedingungen bereit seien, im festen Akkord zu arbeiten: Erstens müßte die Einrichtung so verbessert werden, daß regelmäßig gearbeitet werden könne, die Arbeitsmittel müßten genügend und im guten Zustand sein, damit der Akkordarbeiter ungehindert weiter arbeiten kann. Zweitens sollte ein Arbeiterauschuß, der bei Festsetzung des Akkordpreises beigezogen wird, gewählt und ein einheitlicher Stückpreis angelegt werden, der dann auf einer Tabelle verzeichnet und in den Arbeitsräumen aufgehängt werden muß. Drittens sollte jedem Former ein Verdienst in Höhe des ihm angelegten Tagelohns garantiert werden. Viertens sollte Ausschluß, bei welchem ein Verschulden dem Former nicht nachgewiesen werden kann, bezahlt werden. Darauf erklärte Herr Grupp, daß es Sache des Arbeitgebers sei, zu bestimmen, was er als Akkordpreis zahlen wolle; dazu brauche er keinen Arbeiterauschuß. Der Akkordpreis solle jedem Arbeiter mitgeteilt werden, spätestens ehe ein Drittel der Arbeit fertig gestellt sei; eine Garantie dafür, daß der Arbeiter im Akkord eine gewisse Summe verdient, gebe er nicht ein. Dagegen solle auf besonders schwierige Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Hilfsarbeiter sollten bei über 60stündiger Arbeitszeit 10 Prozent Zuschlag erhalten, für Akkordarbeiter sollte aber ein solcher Zuschlag nicht bezahlt werden. Der beste Beweis, daß die Arbeiter mit ihren Forderungen nicht zu weit gegangen sind, ist, daß der Herr Gewerbeinspektor, als er auf Veranlassung der Arbeiter vor acht Tagen den Betrieb inspizierte, sich äußerte, einen solchen verwerflichen Betrieb habe er während seiner Tätigkeit noch selten gefunden. Wir erjuchen nun unsere Kollegen, was in unserem Kampfe zu unterstützen und hauptsächlich den Zugang nach hier fernzuhalten. Der Verband württembergischer Metallindustrieller hat sich zur Aufgabe gemacht, was auf die schwarze Liste zu setzen, denn Herr Grupp hat ungeniert erklärt, daß, falls wir unsere Kündigung nicht zurücknehmen, wir in ganz Württemberg keine Arbeit mehr erhalten würden. Das ist aber bei Weile kein Terrorismus!

Geislingen. In einer Zusammenkunft der in den Ausstand eingetretenen Formen, Metallgießer, Schmiedler und Arbeitelente der Firma Seebach am 25. Oktober wurde beschlossen, durch eine Kommission bei der Firma dahin vorstellig zu werden, daß die Arbeiter anstatt im Akkord in Lohn, also wie bisher, verrichtet werden. Wie ungenügend der den Arbeitern zugewiesene Akkord sei in ihrem Lohn veranschaulicht wurde, ergibt aus folgendem: Sämtliche 20 Arbeiter können in drei Tagen 42 Zentner Guß herstellen. Sie sollen nach dem ihnen zugewiesenen Akkord für je 100 Kilogr. Guß 7 M. erhalten. Außerdem sollen ein Feizer, ein Gußputzer und ein Magazinier, Leute, die bei der Herstellung des Gußes unbeschäftigt sind, an dem Akkordlohn zu gleichen Teilen mit den genannten 20 Arbeitern partizipieren, jedoch alle 25 Mann für 3 Tage 42 x 3,50 M. (Preis für 1 Zentner = 50 Klg.) = 147 M. verdienen würden. Das würde für die 3 Tage pro Mann 4,90 M. und pro Tag und Mann 1,63 M. ausmachen. Der durchschnittliche Lohn der Leute beträgt jedoch 3,70 M. Diese einfache Zusammenstellung beweist schlagend, wie sehr die Arbeiter zu ihrem Vorgehen berechtigt sind. Die Verhandlungen mit der Firma sind resultatlos verlaufen, sie verlangen jedoch, ob die Arbeit zu dem von ihr festgesetzten Akkordpreis wieder aufgenommen werde oder nicht. Im letzteren Falle würde sie die Modelle nach auswärts schicken, um die Arbeit dort herstellen zu lassen. Zugang von Formern ist fernzuhalten.

Regnitz. Die Differenzen in der Bergschichte sind beigelegt. Der Zugang ist frei.

Stempner.

Büdingen. Die Differenzen zwischen dem Betrieb II der vereinigten Pöschelbräuer und den dort beschäftigten Stempnern sind beigelegt, dank der Vermittlung

Organisation beigelegt, ohne daß es notwendig war, in einen Streik einzutreten. Die Arbeiter erhalten die 56stündige Arbeitszeit und eine Lohnhöhung von 3 1/2 Prozent. — Auch die Organisation.

Metall-Arbeiter.

Barmen. Die Arbeiter der Dampfseilfabrik von Siller & Janmart in Barmen sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Sie verlangen: 1. Eine Lohnzulage von 10 Prozent für sämtliche Arbeiten. 2. Die Hilfsarbeiter sollen erhalten: nach 3monatlicher Thätigkeit einen Minimallohn von 3,50. 3. Ueberstunden sollen mit 50 Prozent Lohnzuschlag bezahlt werden. 4. Für auswärtige Arbeiten wird eine Vergütung verlangt von 1,50, wo Logis genommen werden muß 2, für weite Strecken und theure Orte 4. 5. Geeignete Räume für Kleidungsstücke, sowie zum Frühstück und Wesper, sowie Wascheinrichtungen. — Die Kommission, die von den Arbeitern gewählt war, wurde vom Prinzipal einfach mit den Worten abgewiesen: „Ich kann nichts bewilligen.“ Darauf beschloßen die Arbeiter in geheimer Abstimmung einstimmig, in den Streik einzutreten und reichten fast sämtliche Arbeiter, 112 Mann, am Mittwoch, den 25. Oktober ihre Kündigung ein. Die Firma ist derart mit Arbeit überhäuft, daß sie gezwungen ist, Aufträge zurückzuweisen, sobald die besten Ausführenden vorhanden sind, daß den Arbeitern in kurzer Zeit der Sieg zufällt. Fast Alle sind im D. M. S. organisiert, besonders die Stemmer und Keilschmiede, die ohne Ausnahme schon lange Mitglieder des Verbandes sind. Herr Siller geht mit allen möglichen Mitteln vor, die Einigkeit der Arbeiter zu hintertreiben, doch werden seine Bemühungen an der Geschlossenheit der Arbeiter scheitern. Wir erjuchen deshalb, den Zugang von Stemmern, Keilschmiedern, Schlossern, Formern, Schmieden und Hilfsarbeitern streng fernzuhalten, dann wird der Kampf mit einem Siege der Arbeiter endigen.

Frankfurt a. M. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M. Bodenheim bejaugte sich am 22. Oktober ausschließlich mit inneren Vereinsangelegenheiten. Kollege Zirkelbach erstattete den Bericht der Vereinigungskommission; er führte aus, daß seit Jahren der Wunsch nach Vereinigung aller Sektionen der Metallarbeiter vorhanden war, die Ausführung aber immer aus irgend einem Grunde scheiterte. Das Werk ist nun vollendet, nachdem die vier Verwaltungen in ihren Mitgliederversammlungen im Prinzip sich für die Vereinigung erklärten. Die Kommission legte der Versammlung ein Regulativ vor, nach dem der anzustellende Beamte, die Ortsverwaltung und die Agitationskommission fünfzig arbeiten sollen, das in allen Formen angenommen wurde. In der Diskussion bemängelte Kollege Peterhans den Gehalt des Beamten (1800 M.), der ihm zu niedrig erscheine und stellte den Antrag, 2000 M. dafür anzusetzen. In der Begründung wies Redner auf die große Arbeitslast hin, die dem Beamten erwachse; er habe noch lange keinen Feierabend, wenn die Bureauarbeiten beendet seien, es kämen dann erst die Kommissionen, Werkstättenversammlungen usw., die ihm eine Extraausgabe verursachten, dann sei noch das theuere Frankfurter Pfaster in Betracht zu ziehen, darum sei der Antrag berechtigt. Kollege Bornemann widersprach den Ausführungen des Vorredners und betonte als Geschäftsführer, daß man erst die weitere Entwicklung der Geschäftsjahre abwarten sollte; sei diese günstig, so werde ein Widerspruch gegen eine spätere Gehaltserhöhung nicht erfolgen. In demselben Sinne sprachen Dejung und Opner; letzterer führte noch an, daß in der Kommission Alles in Erwägung gebracht wurde. Die Abstimmung ergab die Ablehnung des Antrages Peterhans. Von der Kommission wurden die Kollegen Bornemann, Siegel, Verth und Wolfmaier vorgeschlagen und betont, daß sich jeder der Vorgesetzten zu der Stelle des Verwaltungsbeamten eignet. Bei der Wahl erhielt Bornemann 103 von 162 abgegebenen Stimmen. Kollege Dejung gab einen kurzen Situationsbericht der Agitationskommission, bemängelte, daß die alte Kommission ihrer Pflicht nicht in dem Maße nachgekommen sei, wie es nötig gewesen wäre, die Schuld hätte an mangelnden Vertrauensleuten gelegen. Genosse Leisch empfiehlt das Werkstattvertrauensmännersystem. Hieran schloß sich eine Polemik zwischen Leisch und Forstner. Es wurden die Kollegen Dejung, Knopf, Hämmerberger, Griesmaier und Verth in die Agitationskommission gewählt.

Halle a. S. Um die jetzige Bewegung der im D. M. S. organisierten Arbeiterschaft am hiesigen Platze etwas genau schildern zu können, muß ich einige Monate zurückgreifen. In meinem letzten Bericht hatte ich mittheilen können, daß der Sozialverein der Schlosser und Dreher sich aufgelöst und dem D. M. S. angeschlossen hat. In Folge dieses und der dadurch entstehenden einseitigen Agitation, die zumeist in Abhaltung zahlreicher Werkstattversammlungen bestand, nahm unsere Bewegung einen sehr erfreulichen Aufschwung. Eine öffentliche Metallarbeiterversammlung beauftragte die Ortsverwaltung, in einem am Samstag abend gerichteten Aufrufen, betriebs des Ueberstundenbeweises und anderer Mißstände, die in den hiesigen Fabriken herrschen, Stellung zu nehmen und die Beseitigung der Ueberstunden zu fordern. Die Antworten liefen zahlreich ein und lauteten meistens dahin, daß die betreffenden Herren ja im Prinzip Gegner des Ueberstundenbeweises wären, so schnell ließe sich aber dieses nicht abschaffen, aber die Ueberarbeit sollte möglichst eingespart werden. Die Metallarbeiter waren hiermit vorläufig zufrieden. Das gegebene Versprechen der Industriellen wurde natürlich nicht eingelöst, in Folge dessen sollte eine spätere Versammlung den Beschluß, die Ueberarbeit zu verweigern, und wenn solche geleistet werden muß, 20 J. Zuschlag pro Lohnstunde zu fordern. Jetzt waren die Herren natürlich sehr erpönt über die Dreistigkeit und Begehrlichkeit ihrer bis jetzt so gehoramen Arbeiter und hielten schamlos Versammlungen ab, um zu berathen, wie dieser Schlag zu parieren wäre. Ein Herr Schmidt, nebenbei Vorsitzender des Metallindustriellenverbandes, war es, der versuchte, seine Kollegen schon zu machen. Man drohte mit Entlassung und ähnlichen bösen Sachen, aber es half nichts, die Ueberstunden wurden mit wenigen Ausnahmen verweigert. Man versuchte es nun mit einzelnen Arbeitern, aber wiederum ohne den gewünschten Erfolg. Hierauf wurde gewissermaßen Hoffentlich gelassen, zugleich aber auch die Zahl der Antreiber, genannt Meister, erhöhte; die Kollegen der Firma Weise & Monski erhielten auf einmal vier. Nun entwickelte sich sofort wieder eine andere Kampfart. Es wurden wie-

der Einzelne auf's Korn genommen, ihnen die 20 J. Zulage indirekt bewilligt. Und es ist höchst bedauerlich; gerade die Kollegen von dieser Firma arbeiten wieder bis 7 Uhr, einzelne sogar bis 8 Uhr. Das Gleiche ist in der Wernicke'schen Fabrik der Fall; es sind meistens die Schlosser, die hier ihre Interessen mit Füßen treten. Wird hier eine Werkstattversammlung abgehalten, so ist der Besuch ein zahlreicher, Alles verspricht, keine Ueberstunden zu leisten, in der Werkstatt aber, unter den Augen des Meisters, getraut sich keiner um 6 Uhr Feierabend zu machen. In dieser Bude ist durch Anschlag bekannt gemacht worden, daß überhaupt keine Ueberarbeit gemacht werden soll, aber die dort Beschäftigten scheinen von dem ihnen zustehenden Recht keinen Gebrauch machen zu wollen. Zum Schluß sei noch die Halle'sche Maschinensabrik und Eisengießerei erwähnt, die ihren Aktionären alljährlich 35 und 40 Prozent, ja noch höhere Dividenden zahlt. Hier hat unsere Organisation noch nicht Fuß fassen können, denn die Arbeiter lassen sich durch die an sie zur Verteilung gelangenden Dividende, die im höchsten Falle 100 und einige Mark beträgt, blenden und leisten Ueberstunden, wie es verlangt wird. Die Tisch-Dunder'schen Harmoniedübler sind hier diejenigen, die die Einigkeit zwischen Kapital und Arbeit predigen, aber nicht einmal die geringste Forderung stellen, die das Lob des Direktors Kommerzienrathes H. Nibel in allen Melodien der blöden Masse vorsingen, seine väterliche Fürsorge und Humanität besonders hervorhebend. Gartenfeste, Aufzüge, Fackelzüge sind hier die Hauptsache und der Herr Kommerzienrath spielt dabei den Schlawen. Daß gerade die Dividende die Arbeiter festsetzt, weiß genannter Herr sehr genau und sein System macht Schule, denn auch bei Weise & Monski wird dieses Jahr „Dividende“ gezahlt. Aus alledem sehen die Kollegen, welche Arbeit hier noch zu leisten ist. Wir sind ja jetzt ca. 1000 Mitglieder, aber es sind immer noch 5000 da, die uns fern stehen. Es muß daher Jeder seine ganze Kraft einsetzen, diese aus dem Banne der Vergnügungs- und Klimbimvereine loszureißen und ist es uns gelungen, dann werden wir uns auch den Achtstundentag erkämpfen.

Wandsbek. Mitgliederversammlung vom 25. Okt., bei Dänede. Zunächst verliest der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal. Die Einnahme, inkl. Kassenbestand vom 2. Quartal, beträgt 391,86, welcher eine Ausgabe von 236,65 gegenübersteht, mithin verbleibt ein Kassenbestand von 155,21. Die Mitgliederzahl betrug am 1. Juli 76, eingetreten im 3. Quartal sind 11, zugereist sind 5 Mitglieder, zusammen 92. Ausgetreten sind im 3. Quartal 2, gestrichen 2, abgereist 7 Mitglieder. Am 1. Oktober zählte unsere Zahlstelle 81 Mitglieder. Hierdurch wird konstatiert, daß die Mitgliederzahl trotz der am 1. Juli ds. Js. eingetretenen Beitragserhöhung gestiegen ist. Dies Resultat ist um so erfreulicher, wenn man bedenkt, daß die Mehrzahl der Kollegen Gegner der Beitragserhöhung waren. Nachdem dem Kassierer Decharge erteilt war, erhielt Reifner als Berichtserstatter der Lohnkommission der Klempner das Wort und führte aus: Die Lohnbewegung habe guten Erfolg gehabt, die Zustimmung habe zwar keinen direkten Beschluß gefaßt, ihre Mitglieder bezahlten jedoch den Hamburger Lohnstarif. Am meisten habe sich der Obermeister Schaller gestraut, jedoch bezahle auch er den erhöhten Lohn für alle Arbeiten. Die Nichtstimmungsmeister sind dem Beispiel der Stimmungsmeister gefolgt und bezahlten ebenfalls den Hamburger Lohnstarif. Redner beantragt deshalb, die Lohnbewegung der Klempner für beendet zu erklären. Nachdem Schneider die Ausführungen ergänzt und Köpfe über den Verlauf der Lohnbewegung der Klempner von Hamburg und Umgegend berichtet hatte, wurde der Antrag Reifner einstimmig angenommen. Köpfe schilderte die Vortheile, welche die Klempner durch ihre Organisation errungen haben, und forderte zum Festhalten an dem Verband auf, damit das Errungene auch dauernd erhalten werde. Hierauf wurde eine Kommission von fünf Mann gewählt, welche statistische Aufnahmen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der in Wandsbek arbeitenden Metallarbeiter zu veranstalten hat.

Wurzen. Am 28. Oktober fand in „Stadt Wien“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt mit der Tagesordnung: Der Leipziger Formerstreik und seine Folgen. Kollege Deichmüller aus Leipzig führte den Anwesenden in klarer Weise die Verhältnisse in Leipzig vor Augen und geißelte scharf das Verhalten der Unternehmer. Er wies ferner darauf hin, daß sich die Kollegen der Firma Klinkhardt in Wurzen dazu hergegeben haben, ihren Kollegen in den Händen zu fallen, indem sie Streikarbeit verrichteten. Dagegen hätten es die Kollegen der Firma Wenzel, jetzt Jaesing, für ihre Pflicht gehalten, solidarisch zu handeln. Von dem alten Firmeninhaber (Wenzel) seien die Modelle mehrmals zurückgeschickt worden, dies änderte sich aber, als ein neuer Besitzer die Fabrik übernahm; dieser besteht darauf, daß die Arbeit gemacht würde. Deshalb legten von 5 Formern 4 die Arbeit nieder. In der Diskussion fragte zunächst Panjermann, Hilfsarbeiter der Firma Wenzel, an, warum die Kollegen eigentlich streiken und mißbilligte das Verhalten der Kollegen. Wörchner fertigt Panjermann ab und kritisierte sein Verhalten, indem derselbe Streikarbeit machte. Ein Antrag, der das Verhalten der Kollegen der Firma Wenzel in jeder Weise billigt, fand einstimmige Annahme. Dann wurde noch das Verhalten der Klinkhardt'schen Former kritisiert; im Militärverein kann man sie bei jedem Stummel, den Knüttel in der Hand, den Meister an der Spitze, durch die Straßen ziehen sehen. Zum 2. Punkt erstattete Kollege Gopel Bericht über die Thätigkeit des Gewerkschaftsartells; Kollege Gopel und Lange wurden als Delegirte gewählt.

Reißzeugmacher.

Büdingen. Bereits 5 Wochen befinden sich nun die Polierer, Justierer und Dreher der Schönauer'schen Reißzeugfabrik, nachdem sämtliche andere Fachkanten und Meister die neunstündige Arbeitszeit genehmigten, im Ausstand. Wir sind heute genötigt, das Gebahren verschiedener Herren, die sich früher auch Kollegen nannten, der Deffentlichkeit zu unterbreiten. Wir wollen uns vorläufig nur mit zweien, nämlich dem Reißzeugmacher Breitshoop und dem sogenannten Meister Grundler, beschäftigen. Diese Herren schreien in allen Wirtschaftskäufern herum, die „lumpigen Polierer müssen verdeden, keiner kommt mehr in die Fabrik, die hätten gar nicht nötig zu streiken, weil sie schon den größten Lohn hätten u. s. w.“ Was das Letztere anlangt, ist dieses zum Theil ja richtig; auch wurden diese Leute anständiger behandelt als

andere. Denn wie H. Schönner und seine Meister schon mit verschiedenen Arbeitern umgesprungen sind, spottet jeder Beschreibung. Diese brauchen sich aber dadurch, daß sie sämtlich seit Jahren organisiert waren, derartiges nicht bieten zu lassen. Die zwei genannten Herren haben sich nun zur Aufgabe gemacht, Arbeitswillige zu werben. So hat V. einen Schwager von ihm, der Schmied ist und anderweitig in Arbeit stand, bewogen, dort auszutreten und bei H. Schönner anzufangen. Da H. Schönner mit seinem Besuch bei ehemaligen Polirern kein Resultat erzielte, machten sich nun die Herren auf, solche zu besuchen und sich zu — blamieren. Ihr Resultat war nämlich Null. Sie mußten einsehen, daß andere Leute nicht gewillt sind, Herrn Schönner aus der Patsche zu helfen. Von Herrn Breitkopf, der in politischer Hinsicht sich als Parteigenosse geberdet, haben wir gar nicht erwartet, daß er eine andere Stellung einnehme; seine Gemüthsverfassung kennen wir aus einer Bemerkung, die er einem Reißzeugfabrikanten seinerzeit bei dem Tode seiner Mutter machte, eine Bemerkung, die man öffentlich nicht wiederholen kann. Herr Brandler, der sich brüskiert, wöchentlich 60 M zu verdienen, hätte es noch weniger notwendig, Schmutz auf die Arbeiter zu werfen. Uebrigens wenn er nicht neun Lehrlinge hätte und sich wie Andere von seiner Hände Arbeit ernähren müßte, wäre er vielleicht nicht in der Lage nur 18 M zu verdienen. Wir werden auf dieses Behringssystem in dieser Fabrik noch des Näheren zu sprechen kommen. Vorläufig genug von diesen beiden Herren. Nur noch Einiges im Allgemeinen. Herr Schönner macht alle Versuche, Polirer zu bekommen. In allen Zeitungen, nach auswärts, sucht er solche. Seine Trabanten laufen von einem Polirer zum anderen mit den größten Versprechungen. Alles nichts, nicht mal 40 und 45 M Wochenlohn zieht. Hier hat sich eben Herr Schönner einmal gründlich getäuscht, Keiner geht auf den Leim. Seinen Urinsbrief haben wir schon veröffentlicht. Trotzdem er in diesem Brief die übrigen Fabrikanten ermahnt, Niemanden von seinen Leuten einzustellen, und verspricht, er würde dasselbe thun, ging einer seiner Meister, Herr Singer, zu einem Polirer, der bei einem mit jenem Briefe beglückten Fabrikanten beschäftigt ist, und suchte ihn zu bestimmen, um 40 M Wochenlohn bei Schönner einzutreten. So die Handlungsweise dieses Herrn. Vor drei Wochen ein Bettelbrief an die Konkurrenz, und heute sucht sein Meister jenen, die er zu seinem Vortheile gegen die Arbeiter mobil machen wollte, die Gehilfen wegzufangen. Wir haben den Ausdruck Arbeitersfeind gegen Herrn Schönner gebraucht und mit Recht, nun kommt auch noch sein Verhalten gegen seine eigenen Kollegen dazu, denn Herr Singer hat im Auftrag des Herrn Schönner gehandelt! Die übrigen Fabrikanten können aber daraus die Lehre ziehen, wie ernst es Herr Schönner mit seinen Versprechungen nimmt und auch sie werden denken: „O Schönner, bist Du klein geworden, seitdem Du groß geworden bist!“ Dabei hegen die Konkurrenten begrifflicher Weise den stillen Wunsch, der Streik möge möglichst lange dauern; sie spielen ja die lachenden Dritten dabei. An alle Polirer richten wir das dringende Ersuchen, streng darauf zu sehen, ob nicht anderweitig Arbeit von der Schönner'schen Fabrik untergeschoben wird. Geschieht dies, dann können wir ruhig das ganze Jahr abwarten, mit dem Herr Schönner drohte und er möge nur dann zusehen, ob nach dieser Zeit überhaupt noch ein Polirer für ihn zu haben ist.

Feilenhauer.

Berlin. Die Feilenhauer und Berufsgenossen hielten am 25. Oktober eine öffentliche Versammlung ab. Die Tagesordnung war: Der Streik bei der Firma Reißler & Zilme. Der Vorsitzende eröffnete eingehend die ganze Situation für die Feilenhauer. Die gestellten Forderungen sind: 25proz. Erhöhung der Akkordpreise, bei Lohnarbeit pro Stunde 50 M, 9stündige Arbeitszeit und Anerkennung unserer Organisation. Des Weiteren erstattete die Lohnkommission Bericht über die Verhandlungen, die mit Unternehmern gepflogen worden sind; dieselben haben zu keinem Resultat geführt. Herr Reißler beschwerte sich bei der Kommission, daß sich seine Leute sehr frech betragen hätten; weiter führte er aus, wir hätten erst 2—3 Monate Zeit zur Beantwortung unserer Forderung geben sollen. Was Herrn Zilme betrifft, scheint das ein sehr gebildeter und liebenswürdiger Herr zu sein. In erster Linie versicherte er sich, um nicht mit der Lohnkommission verhandeln zu müssen, dadurch, daß er ein Plakat an die Thüre zu seiner Werkstatt bestellte: „Eintritt strengstens verboten, hauptsächlich der Lohnkommission.“ Da nun die Arbeiter an derartige Dinge gewöhnt sind, so schreckte auch die Lohnkommission vor einem harmlosen Plakat nicht zurück. Als sie Herrn Z. in der Werkstatt erblickte, ging sie hinein, und durch Hin- und Herreden erfuhr sie, daß der Herr in Lebensgröße vor ihr stand. Mit erhobenem Stolz frag er nach ihrem Begehren und lehnte jede Unterhandlung rüdweg mit den Worten ab: „Mit dem Knüttel können Sie was kriegen!“ Das Verhalten dieses Herrn wurde in gebührender Weise gekennzeichnet. Ferner sprachen sich alle Niedrer dahin aus, ihre gestellten Forderungen hochzuhalten. Im Laufe der Diskussion meldete sich der Vertreter des Herrn Z. und legte dar, daß die Arbeiter die sich noch in der Werkstatt befindende Arbeit zu den alten Bedingungen fertig machen möchten, alsdann wäre Herr Z. nicht abgeneigt, etwas von unseren Forderungen zu bewilligen. Jedoch wurde dem Vertreter der Bescheid, daß die Arbeiter nach der Behandlung, die sie durch Z. erfahren haben, nicht gewillt sind, nur einen Faden von ihren Forderungen abzulassen. Die auswärtigen Kollegen ermahnen wir, uns durch strengste Fernhaltung des Zuzuges zu unterstützen. Da sich Herr Z. dahin ausgelassen hat, seine Feilen auswärts hauen zu lassen (Ummendorf), so ermahnen wir, alle Streitarbeit zurückzuweisen.

Braunschweig. Der Streik der hiesigen Feilenhauer dauert unermüdet fort. Die Meister versuchen die Arbeit außerhalb Braunschweigs herstellen zu lassen, so soll die Firma Sievers Feilen nach Halberstadt geschickt haben. Von dem Solidaritätsgefühl der dortigen Kollegen sind wir überzeugt. In Bavern wurde der erfolglose Versuch gemacht, Gehilfen nach hier zu bekommen. Um den Versuch der hiesigen Meister, die Arbeit auswärts anfertigen zu lassen, zu vereiteln, geben wir die in Betracht kommenden Firmenzeichen bekannt; es sind M. J. & Co.; B. M., A.-G., N. & Co.; C. H. & Co. und J. Streikbrecher haben sich noch

nicht gefunden. Alle Postsendungen sind zu richten an: Otto Hammerstein, Höfenstr. 9, I.

Duisburg. In der Feilenfabrik Kempt & Bonnet hat ein Kollege ohne Grund aufhören müssen. Wir sind aber auf den Grund gekommen. Drei Wochen nach diesem Vorfall kam ein anderer Kollege aus dem Krankenhause und meldete sich wieder zur Arbeit, nachdem er sechs Wochen krank war. Es wurde ihm vom Meister und Prinzipal freigestellt, anzufangen, aber er müsse dem Verband entsagen! Der Kollege nahm aber lieber die Arbeit nicht auf als aus dem Verband auszutreten. Der Meister sagte ihm, er könne alt werden bei der Firma, aber das „Alt werden“ kennen die Duisburger Kollegen zu genau. Zwei organisierte Kollegen arbeiteten bei der Firma ruhig weiter, als wenn sie die Sache gar nichts anginge. Traurig ist's, daß wir hier in Duisburg solche Kollegen dazwischen haben. Wenn wir mehrere derartige hätten, würde der hiesige Meisterverband den Arbeitsnachweis, den er durchaus haben will, leicht an sich bringen, und dann keine organisierten Kollegen mehr einstellen. Dies durchzuführen, wird ihm hoffentlich nicht gelingen. Kollegen allerorts! Haltet fest am D. M. V., wendet Euch an den Arbeitsnachweis. — Der Arbeitsnachweis der Feilenarbeiter von Duisburg und Umgegend ist bei Mathias Schneider, Koloniestr. 123, Abends von 7 bis 9 Uhr, und wird erachtet, sich strikte daran zu halten.

Müßeldorf. Differenzen halber ist Zuzug von Feilenarbeitern nach hier streng fern zu halten. Bericht folgt.

Mannheim. (Berichtigung.) Hier besteht keine Sektion der Feilenhauer, sondern nur ein Arbeitsnachweis. Die hier beschäftigten 7 Mann sind Mitglieder der Allg. Zahlstelle Mannheim. — Das Umschauen ist streng verboten und werden wir denjenigen Kollegen, die es dennoch thun, das Sozialgesetz entziehen. — Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bei Kollege Franz Winreiter, T. 2, Nr. 63. Sprechzeit: Mittags 12—1 Uhr, Abends 7—8 Uhr. Jeder organisierte Kollege erhält 50 M Sozialgeschenk.

Polemik.

Noch einmal müssen wir uns mit dem Verband der deutschen Feilenindustriellen und dessen Verbandsorgan „Messer und Feile“ beschäftigen. Der in Nr. 17 der D. M. V. veröffentlichte Artikel über die Entstehung des Deutschen Feilenindustriellen-Verbandes ist in „Messer und Feile“ abgedruckt worden. Es wurde daran eine Kritik geknüpft, mit der sich aber die „Herren im eigenen Hause“ selbst böse mitgespielt haben. Schon einen Monat vorher wurde angezeigt, daß der Artikel: „Illustrirt mit einigen Streifbildern“ erscheinen wird. Diesem Material hat man zusammen gesucht, so daß es dem Artikelsschreiber schwer wird, die Feder noch einmal zu ergreifen. Wie die Sache um den heißen Brei, so ist man um die Behauptungen, die von uns aufgestellt wurden, herumgegangen. Kein Wort hat man zu widerlegen vermocht. Nur Eins, das heißt etwas, was gar nicht behauptet worden ist, nämlich in Köln bestünde eine geregelte 10stündige Arbeitszeit, nicht eine 13—14stündige. Behauptet wurde aber, daß in Neus und Düren eine so lange Arbeitszeit besteht. Die „illustrirten Streifbilder“ bestehen darin, daß man an den organisierten Feilenhauern nichts Gutes mehr gelassen hat, diese sind nach Meinung der „Herren im eigenen Hause“ die dümmsten Arbeiter, die es gibt. Wahrlich, eine köstliche Leistung! Nun noch einige Bemerkungen. Nennscheid wurde von der Kritik ausgeschlossen, und darin suchten die Herren noch einen Anhaltspunkt. Daß Feilen auf dem Weltmarkt Artikel sind, für deren Preis Nennscheid am meisten maßgebend ist, wissen wir selbst. Unser Artikel war aber nur unter Berücksichtigung der deutschen Arbeitsverhältnisse abgefaßt, und da können wir unsere Behauptungen vollständig aufrecht erhalten. Der Verbandsvorsitzende der Feilenindustriellen könnte ja einmal beauftragt werden, Umjchau zu halten. Er brauchte nur nach dem Harz zu gehen um sich zu überzeugen, zu welchem Preise dort die Feilen geliefert werden. Die handwerksmäßigen Betriebe werden zurückgehen. An ihre Stelle treten Großkapitalisten, die Geld verdienen wollen, und dann kommt gar kein Nennscheid in Betracht, sondern eben der leistungsfähigste Unternehmer. Und wenn man internationale Betrachtungen anstellt, so nehmen andere Länder einen immer mehr maßgebenden Platz ein. In der Art der Fabrikation ist man Nennscheid schon weit voraus, das ist in „Messer und Feile“ ja selbst zugestanden worden. Bezüglich der Frage, wie lange es noch dauert, bis die Technik so weit vorgeschritten ist, daß die Handhauer vollständig überflüssig werden, können wir zur Verhütung des Herrn Kritikers in „Messer und Feile“ mittheilen, daß uns dies höchst gleichgültig ist. Wie bis jetzt, so werden wir auch weiter unsere Staatsbürgerrechte ausüben. Das Sprüchwort, das man auf uns bezogen hat: „Dummheit und Stolz wachen auf einem Holz“, nehmen wir ruhig hin. Stolz sind wir auf unsere gute Organisation, und „dumm“, weil wir mit Hilfe dieser unsere Lage zu verbessern suchen. Die „hohen Löhne“ der Feilenhauer werden wir später statistisch nachweisen. Auf weitere Auseinandersetzungen mit „Messer und Feile“ verzichten wir, da uns der Raum des Verbandsorgans dazu zu werthvoll ist.

Abrechnung

über den Unterstützungs- und Agitationsfond der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (G. J. Nr. 29).

Einnahme: Kassenbestand vom 30. April M 3002,40. Von Hammer-Feilenroda 4,85. Uebertrag vom Maschinenbau der Filiale Berlin IX 103. Von Theisen-Styrum 9,75. Grieshaber-Karlsruhe 31. Schroer-Neus 10,40. Conrad-Heutlingen 13,75. Sauer-Wieblingen 5,60. Höttinger-Vimbach i. S. 5. Türk-Harburg 45. Neuhäusel-Bulach 5. Uebertrag vom Sommervergütungen der Filialen Büdelsdorf und Hendsburg 35. Von Hadke-Eilenburg 10. Grau-Meckau 210. Haas-Handersacker 4. Ebers-Charlottenburg 25,05. Filiale Berlin V 16,50. Filiale Budau 10. Wodunang-Bethhausen 25. Ebers-Charlottenburg 6,05. Von Krämer Siglar 5. Knut-Neustadt-Magdeburg 8,80. Schulze-Landsberg a. W. 10,85. Schwerdtmann-Pantow-Berlin 12,40. Von den Filialen Hannover und Umgegend 106,85. Pasch-Kassel 30. Scherle-Konstanz 10. Fuchs-Altefen 12. Reichert-Sudenburg 60. Scherf-Mannheim 166,61. Z. 30. Sa 4029,86.

Ausgabe: An Pahlmann-Berlin II 30. Weber-Karlsruhe 25. Köth-Bulach 15. Bonsett-Oberbill 30. Fide-Fermerleben 30. Göde-Berlin VI 25. Niebel-Berlin V 30. Bernstein-Sudenburg 120. Bach-Ricklingen 30. Bremer-Brühl 25. Schmid-Karlsruhe 20. Sirtl-Hannover 30. Bauerwein-Würzburg 30. Degen-Sudenburg 25. Melber-Handersacker 35. Grobeder-Binden 40. Stotta-Westerhüsen 30. Werner-Meckau 30. Wittwe Jansen-Hochheide 30. Porto 5,65. Summa 635,65.

Bilance.

Einnahme 4029,86 M
Ausgabe 635,65 M
Kassenbestand 3394,21 M

Braunschweig, 29. Oktober 1899.

Chr. Ostermann, Weststr. 5.
Die Revisoren: F. Bauer. E. Hesse. F. Kirchner.

Technisches.

Neues Verfahren und Mittel zum Ueberziehen von Metall. Eine kürzlich in England patentirte Erfindung bezieht sich auf ein Verfahren und Mittel zum Ueberziehen von Metall, insbesondere von Maschinen und anderen Gegenständen aus Metall, um das Rosten derselben zu verhüten und besteht in einem emailirten, haltbaren Ueberzuge, welcher einerseits seinen Glanz beibehält, andererseits das Eindringen feuchter Luft vollständig verhindert und daher ein wirksameres Schutzmittel gegen Rost für Stahl, Eisen und Messing bildet, als der gewöhnlich für solche Zwecke verwendete Lack.

Der Ueberzug besteht nach einer Mittheilung in der „Zeitschrift für Blechindustrie“ aus Celluloid, Gips oder einer ähnlichen Pyroxylinverbindung und wird mit Hilfe eines Pinsels oder mit anderen geeigneten Mitteln ganz oder theilweise in flüssiger Form, die man durch Auflösen des Materials in Essigsäure, Aceton oder dergl. erhält, aufgetragen. Es kann auch der Celluloid- oder Emaillelösung ein metallisches oder anderes Pulver, so z. B. Bronzepulver etc. beigemischt werden, um dem Ueberzuge einen gewünschten Farbentrich oder besonderes Aussehen zu verleihen; nur ist es nöthig, daß man die Ingredienzien gehörig mischt, um eine homogene Lösung zu erhalten. Die Ausführung der Operation des Auftragens der Emaille geschieht in einer Temperatur von 110 Grad Fahrenheit (= 43 Grad C.), auf welchem Wärmegrad natürlich die zu bestreichende Fläche ebenfalls gebracht werden muß. Das Auftragen der Celluloid-Emaille geschieht mit Hilfe eines Pinsels oder durch Eintauchen und zwar ist es zweckmäßig, diese Operation so lange zu wiederholen, bis eine genügend dicke Schicht sich gebildet hat. Nach jedem einzelnen Auftrage läßt man die gebildete Schicht trocknen, bevor man die Operation wiederholt. Damit die erste Schicht einen genügenden Grad der Haftung auf glatten Metallflächen erhalte, können dieselben auf geeignete Weise rauh gemacht werden oder zunächst einen gewöhnlichen Farbenanstrich erhalten, der dann der Celluloidlösung als Unterlage dient; nur muß man darauf achten, daß solcher Anstrich der Farbe der später aufzutragenden Lösung entspreche.

Rundschau.

Nachahmungswerth. Eines Vorgehens, von dem zu wünschen wäre, daß es auch bei den in der Metallindustrie beschäftigten Arbeitern Nachahmung finden möchte, beschäftigten sich die Berliner Weißgerber. Dieselben hatten sämtlichen Arbeitgeber die Forderung unterbreitet, daß anstatt der 10stündigen, die 9stündige Arbeitszeit eingeführt werde, daß der Gerberlohn von 24 M auf 27 M pro Woche und die Akkordpreise für die Zurichter um 15 Proz. erhöht werden mögen. Zu diesem Zwecke fand eine gemeinsame Sitzung sämtlicher Berliner Glacé- und Weißlederfabrikanten mit der ständigen Lohnkommission statt. In dieser Sitzung kam man zu dem Beschluß, die Angelegenheit sofort vor das Gewerbegericht zur Verhandlung zu bringen. Daß kein Arbeiter inzwischen gemäßigelt und auch in bisheriger Weise die Betriebe im Gange gehalten wurde gleichfalls schriftlich festgelegt, wie auch, daß die Arbeiter vor Entscheidung des Gewerbegerichts nichts unternehmen. Am 26. Oktober fand die Verhandlung vor dem Gewerbegericht statt, die nicht weniger als 10 Stunden in Anspruch nahm und die, wie der Vorsitzende Hiesler v. Schulz erklärte, schon deshalb eine ganz neue Entscheidung vor dem Gewerbegericht sei, weil derselben keine ArbeitsEinstellung vorausgegangen war. Es kam ein Vergleich zu Stande, der von beiden Parteien unterschrieben wurde. Erreicht wurde ein Wochenlohn von 25,50 M und ein Stücklohnzuschlag von 30 bis 60 M. Der Vertrag trat am 30. Oktober in Kraft. Wenn auch nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt wurden, so sind doch immerhin einige nicht zu verkennende Vortheile für die Arbeiter, ohne schwere Opfer zu bringen errungen worden.

Eine neue Flottenvorlage soll dem deutschen Volk beschert werden und wie verlautet soll der Reichstag sich bei seinem demnächstigen Zusammentritt damit befassen. Zwei neue Panzergeschwader werden nur verlangt, mit anderen Worten die Flotte soll doppelt so groß werden. Die Regierung- und Flottenfreundliche Presse schwimmt in Wolken. Den Profit von der Flottenvergrößerung hat neben anderen Großindustriellen in erster Reihe Herr Krupp. Die Panzerplatten liefert Krupp, die Maschinen liefert Krupp, die Panzertürme und Geschütze liefert Krupp, und die Schiffe baut ebenfalls Krupp, der in nicht ferner Zeit der größte Werftbesitzer sein wird. Die Kosten trägt der kleine Mann, der Arbeiter, denn eine Erhöhung der Getreidezölle soll die Kosten für den Weltmachtssiegel einbringen.

Litterarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dick' Verlag) ist eben das 5. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Mitgegangen, mitgefangen! — Karl Marx über Karl Grün als Geschichtsschreiber des Sozialismus. Aus dem Marx Engels'schen Nachlaß. (Fortsetzung). — Der Gesamtparteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Brünn. Von Dr. F. Winter. — Der fünfte Kongreß der spanischen sozialistischen Arbeiterpartei und die politische Lage in Spanien. Von Heinrich Cunow. — Der

Arbeiterklub in der Phosphorzündholz-Industrie. Von Paul Umbreit. — Literarische Rundschau: Ludwig Gumplowicz, Soziologische Essays. — Notizen: Das Wachstum des Handels der Vereinigten Staaten mit Ostasien.

Das Protokoll des hannoverschen Parteitages ist erschienen und zum Preise von 50 J von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. zu beziehen. Es weist gegen das vorjährige eine erhebliche Verstärkung auf, da es volle 19 Bogen (304 Seiten) umfaßt, was auf die ausführliche Wiedergabe der umfangreichen Debatte über die Grundanschauungen der Partei zurückzuführen ist.

Das Gewerbegericht. Monatschrift des Verbandes Deutscher Gewerbegerichte. Herausgeber: Stadtrat Dr. Fleck, Frankfurt a. M. Die jetzt in den Verlag von Gg. Reimer in Berlin übergegangene und zu einer selbstständigen Monatschrift umgestaltete Zeitschrift enthält in Nr. 2 des 5. Jahrganges außer der Rechtsprechung aus deutschen Gewerbegerichten und Berufungsgerichten, Reichsgericht, ausländischen Gewerbegerichten u. a.: Der Schadensbeweis beim Vertragsbruch. Von Dr. Grote-Bremen. — Vom neuen Recht (WGB): die Namen der neuen Gesetze; Konkurrenzklause; Gesellen und Lehrlinge im Hause des Meisters. Die neue Zivilprozessordnung. Von Mag.-Ass. Raubinger-Stettin. — Gutachten und Urteile. Gutachten des kgl. Gewerbegerichts Köln über die Lohnzahlung an Minderjährige; Antragsführung des Gewerbegerichts Frankfurt. Einigungsämter: Das Gewerbegericht Berlin als Einigungsamt im Postamtenstreit. — Allgemeines über Gewerbegerichte und Arbeitsvertrag: Fiktionale Klagen. Jahresbericht des Gewerbegerichts München 1897/98; Neue Gewerbegerichte in Preußen; Konferenz der Arbeiterbeisitzer an den pfälzischen Gewerbegerichten. — Verbandsangelegenheiten. — Briefkasten.

Briefkasten.

J. Sch., Stettin. Wir können nur solche Berichte aufnehmen, die wenigstens einiges allgemeines Interesse haben.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

In jeder Versammlung werden Zufnahmen entgegen genommen und können Beiträge entrichtet werden.

Ansbach. Samstag, 18. November, im „Gold. Hirsch“. Berlin. Ordentliche Generalversammlung: Sonntag, 12. November, Vormittags 10 Uhr im Frenyalaj, Burgstraße und Wolfgangstraße-Gebäude. Tagesordnung: Kassensbericht. Anträge Abänderung des Ortsstatuts. Streik- und Lohnbewegungen.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenz: Sonnabend, 18. November, für den Norden bei Diele, Adlerstraße 123. Mittwoch, 15. November, für den Süden bei Graumann, Raunigstraße 28.

Bielefeld. Am 18. November. Bitterfeld. Samstag, den 18. November, in der „Guten Quelle“.

Bremen. (Allgem.) Sonnabend, den 18. November, Abends halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Haufenstraße 21-22. Bremerhaven. Sonnabend, 18. November.

Breslau. Regelmäßig jeden ersten und letzten Samstag im Monat im Nebenzimmer des Gasthauses zum „Ramm“. Bromberg. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. des Monats.

Cöln. Am 12. November, Nachmittags 3 Uhr, im Vereinslokale. Danzig. Donnerstag, 23. Novbr., Brodbäckerstraße 11.

Darmstadt. Jeden 1. und 3. Samstag im Monat in der Gramer'schen Bierhalle. Delmenhorst. Dienstag, 14. Novbr., Abends halb 9 Uhr, bei Jurel. — Von da ab alle 14 Tage.

Düsseldorf. i. S. Sonnabend, 26. November, Abends halb 9 Uhr, in der „Waldbenterrasse“. Duisburg. (Sektion der Klempner.) Jeden Dienstag vor dem 1. und 15. des Monats im „Hof von Holland“.

Eisenach. Freitag, 17. November. Essen (Ruhr). Freitag, 17. November, Abends 8 Uhr, im Gasthof zur Rothenburg. Grönberg i. S. Montag, 13. Novbr., Abends halb 9 Uhr, in der Lokal, Gr. Bergstraße.

Hannover. (Allg.) Sonnabend, 18. November, Abends halb 9 Uhr, im „Ballhof“. Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, 18. November, Abends halb 9 Uhr, bei Fiere, Mademacherstr. 1.

Hadersleben. Jeden 2. Dienstag im Monat auf der „Central-Perle“. Gostfischerstraße 731. Halle. Am 14. November, Abends 9 Uhr. Von da ab alle 14 Tage bei Hil. Kiehl, Viktoriastraße 70.

Hartslruhe. (Sektion der Schmiede.) Samstag, den 11. November, Abends halb 9 Uhr kombinierte Metallarbeiter-Versammlung im „Europäischen Hof“, Waldhornstraße 22.

Hartslruhe. (Sektion der Schmiede.) Sonntag, den 12. November, Vormittags halb 10 Uhr in der „Eiche“, Augartenstraße. Hartslruhe-Mühlburg. Samstag, 11. November, Abends halb 9 Uhr kombinierte Versammlung bei Kalubau, Waldhornstraße 22.

Hartslruhe-Mühlburg. Sonntag, den 12. November, Vorm. halb 10 Uhr, in der früheren Brauerei Diefenbacher. Hausbrennen. Jeden 1. Sonntag und 3. Samstag im Monat, im „Egel“.

Hegnitz. Sonnabend, 25. November, im „Preußischen Hof“. — Die Bibliotheksbücher sind nicht länger als 4 Wochen zu behalten.

Hilber. Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. eines Monats im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50.

Hiel. Dienstag, 14. November, bei Ahrens, Alte Reihe 8. Merseburg. Montag, 13. November, Abends halb 9 Uhr Vortrag von Fritz Ohler, Redakteur aus Mühlhausen über: Harmonie und Kampf im Wirtschaftsleben. — Das Lokal wird durch die Tagespresse bekannt gegeben.

Merseburg. Sonntag, 19. Novbr., Vormittags 11 Uhr, im „Saalechlöbchen“.

Neu-Isenburg. Sonntag, 12. November, Nachmittags 4 Uhr, bei Berstein, Wirtschaft zur „Waldbahn“.

Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Samstag, den 18. November, im „Goldenen Mörser“, Döschmannsplatz. Vortrag des Herrn Wiener über Ransens Nordpolfahrt.

Nürnberg. (Sektion der Schmiede und verw. Berufe.) Samstag, 18. November, im „Sammerthal“. Sämtliche Bibliotheksbücher sind abzuliefern.

Offenburg. Samstag, 18. November, Abends 8 Uhr, im „Schützen“.

Pforzheim. Mitgliederversammlung vom 11. d. Mts. fällt aus.

Regensburg. Samstag, den 11. November, Abends 8 Uhr, im „Goldenen Ritter“. Mitglieder, die ihre Beitragsmarken durch die Einkassierer erhalten, werden ersucht ihre Mitgliedsbücher behufs Kontrolle einzuliefern. Zugleich auch diejenigen Mitglieder die ihre Wohnung noch nicht angegeben oder dieselbe verändert.

Rheydt. Am 12. November, bei Kremerstötchen, Denskirchenstraße. — Wichtige Tagesordnung.

Roskops. Sonnabend, 18. Novbr., in der „Warnowhalle“.

Schw. Grund. Samstag, den 11. November, Abends 8 Uhr, in der „Kanne“.

Schmölln. Sonnabend, 18. November, bei O. Brauer. Von da ab alle 14 Tage.

Stettin u. Ang. Dienstag, 14. November, Abends halb 9 Uhr, bei Schellhage, Alhornstraße 15. — Abrechnung.

Stettin u. Ang. (Bezirk 4 Bredow). Mittwoch, den 15. November, Abends 8 Uhr, bei Alie. Vortrag.

Stettin (Bezirk I). Sonnabend, 18. Novbr., bei Dittmer, Breitestraße 11.

Stolpen i. S. Jeden Sonnabend nach dem 1. u. 15. jeden Monats Jahlabend in der „Guten Quelle“.

Striegau. Jeden 1. Sonnabend nach dem 15. eines jeden Monats in der Brauerei „Vierquelle“, Gräben.

Thalkirchen. Jeden 4. Sonntag im Monat, und jeden 1. und 3. Samstag Aufnahme und Entgegennahme von Beiträgen im „Wilden Jäger“.

Weißenfels. Sonnabend, 18. November, in der „Stadt Raumburg“. Bericht von der Thüringer Konferenz.

Wiesbaden. (Allgem.) Am 18. November, Abends 9 Uhr, bei Koch, Hermannstraße 1. Vortrag des Kollegen Dejung über die Gewerkschaftsbewegung. Unsere Mitglieder- versammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage in demselben Lokal statt.

Bremen. (Allgem.) Unser Stiftungsfest findet Sonnabend, 25. November, Abends 8 Uhr in den festlich decorierten Sälen der Vereinshalle, Döschstraße, statt. Herrenkarten à 50 J und Damenkarten à 10 J sind bei den Vorstandsmitgliedern sowie bei sämtlichen Bezirkskassierern und im Vereinsbureau zu haben.

Häfeldorf. Der Schlosser Joh. Bühner, geboren am 28. Juni 1881 in Dortmund, eingetretten am 1. April 1899 in Dortmund ist nach Unterjochung von 6,20 M gesammelter Gelder und Verübung verschiedener Schwindelereien von hier verschwunden, worauf wir die Kollegen allerorts aufmerksam machen.

Frankfurt a. M. und Hokenheim. Den Kollegen allerorts zur Nachricht, daß der Zusammenschluß der hiesigen Sektionen vollzogen ist und sich die Geschäftsstelle im „Erlanger Hof“, Bergstraße 11/1, Zimmer 7 befindet. Bureaustunden: 8-11 Uhr Vormittags und 4-7 Uhr Nachmittags. Mitglieds- geld: 8-9 Uhr Vormittags und 6-7 Uhr Nachmittags, Sonntags 8 1/2-9 1/2 Uhr Vormittags.

Hamburg. (Allg.) Unser gemeinschaftliches Winter- vergnügen findet am Sonnabend, 25. November im Lokale des Herrn Tütge, Valentinsplatz 41, statt. Karten zu 30 J für Herren, Dame frei sind, bei den Bezirkskassierern sowie an sonstigen bekannten Stellen zu haben.

Mannheim. Der Arbeitsnachweis der Feilenhauer befindet sich bei Kollege Franz Winreiter, T. 2, Nr. 6/11. Das Umhängen ist streng verboten.

Pforzheim. Sonntag, 12. November, Abends 7 Uhr im „Gold. Löwe“ Stiftungsfest verbunden mit Gesang, komischen Vorträgen und Tanz.

Rheydt. Sonntag, den 12. November, Abends 6 Uhr, Familienfest bei Gastwirt Kremerstötchen, Denskirchenstr.

Stettin. Kollege Feige ist jetzt Bezirksführer des 2. Bezirks.

Stettin u. Ang. (Feilenhauer.) Der neu errichtete Arbeitsnachweis befindet sich bei Kollege R. Trujen, Gräbchen-Str., Blumenstraße 8/11. Das Geschenkl. beträgt nach 13 wöchentlich Mitgliedschaft 1 M. unter 13 Wochen 50 J. Nichtorganisierte erhalten 30 J. Wer ungesund erhält nichts.

Wiesbaden. Das Mitglied, Schlosser Adolf Marx, geboren am 2. Juni 1876 zu Debringhausen, B.-Nr. 278275 wird ersucht seinen Verpflichtungen gegen die hiesige Verwaltung nachzukommen.

Wilmshausen. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß unser Vergnügen am Sonnabend, 18. November im Saale der Witwe Kaufmann stattfindet. Karten für Herren nebst Dame zu 60 J sind bei allen Bezirkskassierern sowie beim Bevollmächtigten zu haben.

Zeitz. Bevollmächtigter Robert Kemmann, der auch das Mitgliedsbuch ausstellt.

Gestorben.

In Bremerhafen am 27. Oktober Hermann Barth an Lungentuberkulose. — In Bant der Rasthambauer Wilh.

Mürnberg, 28 Jahre alt, an Lungenleiden. — In Harburg am 21. Oktober Heinrich Holz im Alter von 49 Jahren in Folge Unglücksfall. — In Leipzig Hermann Schröpfert, 37 Jahre alt, an Tuberkulose.

Öffentliche Versammlungen.

Dortmund. Sonntag, 12. November, Nachmittags 4 Uhr, öffentliche Versammlung der Klempner und Installateure im Lokale des Wirtes Grünert, Stübengasse 4. — Vortrag. Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftstaktell.

Harburg. Sonnabend, 18. November, Abends halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung der Kesselschmiede, Schmiede und Hilfsarbeiter bei Rüssenhop, Erste Bergstraße.

Stuttgart. (Allg.) Öffentliche Bauwerkstätten-Versammlung im „Gewerkschaftshaus“ Göttingerstr. 17-19. Gürtler und Goldarbeiter bei Eger, Lindwigsstr. 28. — Mechaniker im „Herzog Karl“, Silberbergstraße.

Würzen. Sonnabend, 18. Novbr., Abends halb 9 Uhr, in der „Stadt Wien“ öffentliche Metallarbeiter-Versammlung.

Zeitz. Sonntag, 19. November, öffentliche Versammlung im „Feitener Blick“. Referent Arbeitersekretär Gildenberg-Halle a. S. über: „Die Buchhausvolage und den Nutzen der Organisation.“

Privat-Anzeigen.

Eine gutgehende Feilenhauerei

wird zu kaufen gesucht. Offerten unter O. M. 10 an die Exped. [159]

Feilenhauerei-Verkauf.

Anderer Unternehmung halber bin ich gezwungen, meine allein in hiesiger Stadt seit 40 Jahren betriebene und sehr gut gehende Feilenhauerei mit bester gutlohnender Kundschaft sofort mit oder ohne Hausgrundstück sehr billig zu verkaufen. Heinrich Miltacher, Feilenhauermeister, Schleiz, N. j. L.

[158]

Achtung:

Former und Berufsgenossen!

Empfehle mich zur Lieferung meiner allseitig beliebten, aus bestem Material verfertigten und höchst sauber hergestellten Fabrikate in

Formerwerkzeugen, Formergürteln u. s. w.

Zusendung meines neuesten Musterbuches nebst Preisliste erfolgt franco. [76]

L. Sächs. Formerwerkzeugfabrik

H. Schneider

Leipzig-Bismarck, Quackstr. 13.



Quittungsmarken,

Rabattmarken,

Hautstempel,

sowie alle Druckarbeiten in Buch- und Steindruck liefert sauber und preiswerth

Konrad Müller,

Schleuditz-Leipzig.

Zulivrierte Preislisten gratis!

[5]

Neues Bürgerliches Gesetzbuch

nebst Einführungsgefeß. Gültig vom 1. Januar 1900. Größter Massenartikel. 470 Seiten. Nur in Postpaketen von 25 Stück à 25 Pfg. per Nachnahme.

[155]

L. Schwarz & Co., Berlin C. 14.

Die vom 1. Juli ab monatlich 2 mal erscheinende

Metallotechnische Rundschau

Gemeinverständliches Fachblatt für sämtliche Branchen der Metallindustrie

widmet sich der Verbreitung und Weiterbildung der Kenntnisse aller in der Metallindustrie thätigen Arbeiter und Handwerker und ist das billigste aller einschlägigen Fachblätter. Abonnementspreis beträgt nur 95 Pfg. pro Vierteljahr.

Man abonniert am besten bei der Post (Postzeitungsliste Nr. 4825a) oder den Agenten.

Probenummern und nähere Auskunft erhältlich durch die

Geschäftsstelle der Metallotechnischen Rundschau,

[106]

Stuttgart, Messstr. 53.

An alle Ortsverwaltungen des D. M.-B.

richten wir die dringende Bitte, doch möglichst nur solche Adressen oder Herbergen für den Zeitungsvertrieb angeben zu wollen, welche nicht so vielen Aenderungen unterworfen sind, als wie dies in letzter Zeit der Fall war. Bei der stets größer werdenden Auflage würden stabile Adressen den Zeitungsvertrieb wesentlich erleichtern. Ferner ersuchen wir, alle Aenderungen so zeitig abzugeben, daß wir sie noch am Dienstag Vormittag erhalten.

Die Exped. der „D. Met.-Arb.-Ztg.“